

Materialpaket

für die

1. Tagung des 7. Parteitags der Partei DIE LINKE. Hamburg

**in der Friedrich Ebert Halle
am Samstag, den 17. Oktober 2020
& Sonntag, den 18. Oktober 2020**

Teil I: Grundsätzliches, Anträge, Erklärungen & Praktische Hinweise

Tagesordnung

Samstag, 17.10.2020

08:30 Uhr bis 09:30 Uhr Mandatsprüfung

0. Konstituierung

09:30 bis 10:00 Uhr

1. Rechenschaftsbericht

10:00 bis 11:00 Uhr

- a. Vorstellung
 - i. Politischer Bericht
 - ii. Finanzbericht
- b. Aussprache
- c. finanzielle Entlastung

20 Min.

30 Min.

5 Min.

30 Minuten Pause

2. „LINKES Handeln in der Krise - Die soziale und ökologische Wende jetzt erkämpfen.“

11:30 bis 15:00 Uhr

- a. Generaldebatte
- b. Antragsberatung

120 Min.

30 Min.

30 Minuten Pause um 13:00 Uhr

30 Minuten Pause um 15:00 Uhr

3. Weitere Anträge

15:30 bis 16:00 Uhr

Ende des ersten Tages

Sonntag, 18.10.2020

09:00 Uhr bis 10:00 Uhr Mandatsprüfung

4. Neuwahl des Landesvorstandes

10:00 bis 15:00 Uhr

- a. Wahl der Landesprecher_innen
- b. Wahl des/der Landesschatzmeister_in
- c. Wahl des/der Landesgeschäftsführer_in
- d. Wahl der Vorstandsmitglieder aus den Bezirksverbänden
- e. Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder

5. Verschiedenes

Inhaltsverzeichnis

Nr.	Beschreibung	Antragstellerin	Seite
	Tagesordnung	Landesvorstand	2
	Geschäftsordnung	Landesvorstand	3
	Antrag zur Geschäftsordnung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages	Landesvorstand	7
	Antrag zur Geschäftsordnung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages	DIE LINKE Hamburg Mitte	8
	Wahlordnung der Partei DIE LINKE	Beschluss des Bundesparteitages	9
02_A01	LINKES Handeln in der Krise – Die soziale und ökologische Wende jetzt erkämpfen!	Landesvorstand	12
02_A02	Raus aus der Corona-Krise heißt raus aus dem neoliberalen Kapitalismus Zu den politischen Aufgaben der LINKEN Hamburg 2020 bis 2022	DIE LINKE Hamburg Mitte	16
03_A01	Antrag zur Weiterleitung als Dringlichkeitsantrag an den Bundesparteitag zur Beschlussfassung	DIE LINKE Eimsbüttel	21
03_A02	Rassismus bekämpfen – Sozialen und ökologischen Fortschritt erkämpfen!	Geschäftsführender Landesvorstand	24
03_A03	Gesundheitspolitik	DIE LINKE Hamburg-Nord	26
03_A04	Resozialisierung privater Krankenhausbetreiber in Hamburg und Rückführung der Krankenhäuser in öffentliche Verwaltung	DIE LINKE Hamburg-Nord	27
03_A05	„Teilnahme an der europaweiten Solidaritätsaktion Unblock Cuba – Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!“	AG Cuba Si	29
03_A06	EU und Währungsunion in der Krise: Ein Programm zur Rettung der Europäischen Idee	AG Wirtschaftspolitik, AG Europa	30
03_A07	Frieden mit Russland ist Deutschlands Pflicht!	DIE LINKE Hamburg Mitte	35
03_A08	Quo Vadis, DIE LINKE? - Strategiediskussion im Landesverband	Nilüfer Aydin, Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Hilde Blum ...	36
03_A09	Keine Liebesgrüße nach Moskau!	LAG Emanzipatorische Linke.Shalom Hamburg, Ponnammal Moses, Anna Rinne, Marcus Frowerk	40
	Erklärung an die 1. Tagung des 7. Landesparteitages Wahlen zum Landesvorstand 2020 – Was wir erwarten! „Ein solidarisches Hamburg fängt bei uns an!- Gemeinsam für bessere Lebensbedingungen		48
	Schutzmaßnahmen zur Pandemie -Hygiene für die 1. Tagung des 7. Landesparteitages in der Friedrich-Ebert-Halle am 17. Und 18. Oktober 2020 (Hygienekonzept)	Beschluss des Landesvorstandes	52
	Praktisches: Zeitplan für die Mandatsprüfung, Hinweise Teilnahme, An- bzw. Abmeldung und Einladung zum Landesparteitag, Bewerbungen zum Landesvorstand, elektronisches Wahlverfahren	-	53

Geschäftsordnung

1 0 Konstituierung

2 Der Parteitag konstituiert sich auf seiner ersten Ta-
3 gung durch:

- 4 ■ Die Bestimmung eines Präsidiums, deren
5 Mitglieder abwechselnd als
6 Versammlungsleitung den Parteitag leiten
- 7 ■ Die Bestimmung der Protokollierenden
- 8 ■ Ggf. die Übertragung von Mitgliederrechten auf
9 Delegierte, die als Gastmitglieder delegiert
10 wurden.
- 11 ■ Die Beschlussfassung einer Geschäftsordnung
- 12 ■ Die Bestimmung der
13 Mandatsprüfungskommission
- 14 ■ Die Bestimmung der Wahlkommission, die
15 zusammen mit der Versammlungsleitung
16 Wahlen durchführt
- 17 ■ ggf. die Beschlussfassung zu Konkretisierung
18 der gültigen Wahlordnung der Partei DIE LINKE.
- 19 ■ Die Bestimmung einer Antragskommission, die
20 an den Parteitag gestellte Anträge bearbeitet.
21 Das Nähere zu Antragsbehandlung,
22 Abstimmungsverfahren und
23 Antragskommission regeln die Ziffern 11. bis
24 16.
- 25 ■ Die Beschlussfassung der Tagesordnung und
26 des Zeitplans

27 Die Bestimmung des Präsidiums, der Protokollie-
28 renden sowie der Kommissionen umfasst die Be-
29 schlussfassung über die Anzahl deren Mitglieder
30 und deren Wahl.

31 Alle weiteren Tagungen konstituieren sich durch
32 die Übertragung von Mitgliederrechten auf Dele-
33 gierte, die als Gastmitglieder delegiert wurden, und
34 die Beschlussfassung der jeweiligen Tagesordnung
35 und des jeweiligen Zeitplans, sowie die Bestim-
36 mung der Protokollierenden.

37 Alle Tagungen beschließen im Rahmen ihrer Kon-
38 stituierung für die Dauer der Tagung, ob gemäß Zif-
39 fer 16 Absatz 3 und Ziffer 17 dieser Geschäftsord-
40 nung elektronische Abstimmungsgeräte verwendet
41 werden.

42 1 Leitung des Parteitages

43 Das vom Parteitag gewählte Präsidium leitet den
44 Parteitag demokratisch.

45 2 Redeliste und Protokoll

46 Durch die Versammlungsleitung ist eine quотиerte
47 Redeliste zu führen. Das Präsidium beauftragt die
48 Erstellung eines Beschlussprotokolls. Die Tagun-
49 gen des Parteitags werden bei Bedarf mit

50 Tonträgern aufgezeichnet. Der Parteitag wird im
51 Fall einer Aufzeichnung hierüber informiert.

52 3 Wortmeldungen

53 Wortmeldungen sind grundsätzlich schriftlich bei
54 der Versammlungsleitung einzureichen. Hiervon
55 kann in der Antragsberatung abgewichen werden.
56 Die Versammlungsleitung teilt dem Parteitag mit,
57 ab wann schriftliche Wortmeldungen eingereicht
58 werden können.

59 4 Worterteilung

60 Die Redner und Rednerinnen erhalten das Wort in
61 der Reihenfolge ihrer Meldung. Dabei ist darauf zu
62 achten, dass Männern und Frauen jeweils wechsel-
63 seitig das Wort erteilt wird. Erstredner*innen erhal-
64 ten Vorrang. Kurze Verständnisfragen an die Red-
65 nerinnen bzw. die Redner und deren Beantwortung
66 sind möglich.

67 5 Rederecht

68 Rederecht haben alle Delegierte, Antragsteller und
69 -stellerinnen im Rahmen ihrer Antragsberatung;
70 Alle weiteren Mitglieder und Gäste auf Antrag ei-
71 nes Delegierten bei der Versammlungsleitung und
72 einem entsprechenden Beschluss des Parteitages.

73 6 Redezeit

74 6.1 Aussprache

75 Die Redezeit in der Aussprache und der Antragsbe-
76 ratung beträgt drei Minuten für jeden Redner bzw.
77 jede Rednerin. Der Parteitag kann beschließen, die
78 Redezeit zu ändern.

79 6.2 KandidatInnendebatte

80 Die Redezeit im Rahmen der KandidatInnendebatte
81 gemäß § 7 (5) der Wahlordnung der Partei DIE
82 LINKE beträgt drei Minuten für jede KandidatInn
83 Vorstellung und fünf Minuten zur Beantwortung
84 von Anfragen. Die Zeit für Anfragen und Stellung-
85 nahmen beträgt pro Wortmeldung eine Minute und
86 zehn Minuten pro Wahlgang in Summe.

87 Diese Zeiten können durch Versammlungsbe-
88 schluss geändert werden.

89 7 Wortentzug

90 Die Versammlungsleitung kann die Rednerinnen
91 und Redner bei Bedarf darauf hinweisen, zur Sache
92 zu sprechen und ggf. das Wort entziehen.

93 8 Unterbrechung der Versammlung durch 94 die Versammlungsleitung

95 Die Versammlungsleitung kann die Versammlung,
96 wenn es nötig und sinnvoll erscheint, zum Zwecke
97 der Verständigung unterbrechen.

98 **9 Bemerkungen der Versammlungsleitung**

99 Der Versammlungsleitung sind kurze Bemerkun-
100 gen, die der Richtigstellung und Förderung der
101 Aussprache dienen, jederzeit gestattet. Zu diesem
102 Zweck darf der Redner bzw. die Rednerin unterbro-
103 chen werden.

104 **10 Persönliche Bemerkungen und Richtig- 105 stellungen**

106 Das Wort zu ausschließlich persönlichen Bemerkun-
107 gen ist nach Schluss der Aussprache und der
108 Abstimmung zu erteilen.

109 **11 Anträge und Entschließungen**

110 Anträge sind gemäß den Regelungen der Landes-
111 satzung zu stellen. Initiativanträge sind Anträge,
112 deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des
113 Parteitages ergibt. Dringlichkeitsanträge sind An-
114 träge, deren Anlass nach Antragschluss, also in-
115 nerhalb der letzten vier Wochen vor Beginn des
116 Parteitages, eingetreten ist. Dringlichkeits- und Ini-
117 tiativanträge können mit Unterstützung von min-
118 destens 15 beschließenden Delegierten auch un-
119 mittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht
120 werden. Dringlichkeitsanträge können bis zu zwei
121 Stunden nach Beginn der Tagung bei der Ver-
122 sammlungsleitung eingereicht werden. Über die
123 Dringlichkeit und den Initiativcharakter sowie über
124 die Reihenfolge der zu behandelnden Dringlich-
125 keits-, Initiativ- und sonstigen Anträge beschließt
126 der Parteitag auf Vorschlag der Antragskommissi-
127 on mit einfacher Mehrheit.

128 **12 Resolutionen**

129 Zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen kön-
130 nen Resolutionen vom Landesparteitag befasst
131 werden. Resolutionen werden im Konsensprinzip,
132 in offener Abstimmung und ohne Aussprache be-
133 schlossen. Sie müssen bis zwei Stunden nach Be-
134 ginn der Tagung schriftlich eingereicht werden. An-
135 tragsteller*innen wird empfohlen, den Resolutions-
136 entwurf eine Woche vor der Tagung schriftlich im
137 Landesverband bekanntzugeben, damit der Konsens
138 erarbeitet werden kann.

139 **13 Anträge zur Geschäftsordnung**

140 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der
141 Reihe sofort nach Beendigung des laufenden Wort-
142 beitrages gegeben.

143 Anträge zur Geschäftsordnung sind insbesondere:

- 144 ■ Antrag zur Tagesordnung und zum Zeitplan
- 145 ■ Antrag auf Nichtbefassung eines Antrages oder
146 Tagesordnungspunktes (darf nur vor Eröffnung
147 der Debatte gestellt werden)
- 148 ■ Antrag auf Vertagung
- 149 ■ Antrag auf Überweisung
- 150 ■ Antrag auf Änderung der Redezeit

151 ■ Antrag, Anfrage bzw. Hinweis zum Antrags- und
152 Beratungsverfahren

153 ■ Antrag auf Unterbrechung der Versammlung

154 ■ Antrag auf Schluss der Redeliste

155 ■ Antrag auf Schluss der Debatte (dürfen nur
156 Delegierte stellen, die noch nicht zur Sache
157 gesprochen haben)

158 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von De-
159 legierten und Mitgliedern von Arbeitsgremien des
160 Landesparteitages sowie von Delegierten und Teil-
161 nehmerInnen mit beratender Stimme gestellt wer-
162 den.

163 Die Redezeit beträgt eine Minute. Wird einem GO-
164 Antrag widersprochen, ist vor der Abstimmung
165 eine Gegenrede zu hören. Wird ihm nicht wider-
166 sprochen, gilt der GO-Antrag als angenommen.

167 **14 Grundsätze zur Behandlung von Anträ- 168 gen**

169 Als Antragsbehandlung wird die Befassung durch
170 Abstimmung im Plenum des Landesparteitages,
171 die Überweisung an den Landesvorstand sowie die
172 Nichtbefassung redaktioneller Änderungen ver-
173 standen. Der Landesparteitag kann beschließen, zu
174 einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung in
175 der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch
176 als behandelt verstanden, wenn sie sich durch Ab-
177 stimmung anderer Anträge erledigt haben.

178 Änderungsanträge sind stets vor dem Hauptantrag
179 zur Abstimmung zu stellen. Werden Änderungsan-
180 träge vom Hauptantragsteller übernommen, ent-
181 fällt die gesonderte Abstimmung.

182 Weiter- oder weitestgehende Anträge zu einem
183 Sachkomplex sind immer zuerst zur Abstimmung
184 zu bringen. Das gilt für Anträge wie Änderungsan-
185 träge.

186 Änderungsanträge müssen von den Antragsbe-
187 rechtigten mindestens sieben Tage vor der Tagung
188 des Parteitages schriftlich bei der Antragskommissi-
189 on oder in der Landesgeschäftsstelle eingereicht
190 werden. Änderungsanträge, die sich auf erst beim
191 Landesparteitag eingereichte Anträge beziehen o-
192 der sich aus dem Verlauf der Beratung ergeben,
193 können von einzelnen Delegierten gestellt werden.
194 Sie müssen schriftlich am Arbeitstisch der An-
195 tragskommission eingereicht werden. Über ihre
196 Behandlung beschließt der Parteitag auf nach Vo-
197 tum der Antragskommission mit einfacher Mehr-
198 heit.

199 Anträge, die den Sinn des Hauptantrages umkeh-
200 ren, stellen keine Änderungsanträge dar und sind
201 insoweit als Änderungsanträge nicht zulässig. Sie
202 werden als Anträge behandelt, soweit die Voraus-
203 setzungen gemäß Ziffer 11 dieser Geschäftsord-
204 nung vorliegen.

205 **15 Aufgaben der Antragskommission**

206 Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf dem Landesparteitag vorliegen. Über die Behandlung von Anträgen, Änderungsanträgen und Resolutionen, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach den Ziffern 11, 12 und 14 dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen, entscheidet der Landesparteitag, nach Prüfung der Voraussetzungen und dem Bericht der Antragskommission dazu. Nicht fristgerecht eingegangene Anträge und Änderungsanträge weist die Antragskommission zurück.

217 Sie stellt die Anträge und Änderungsanträge unabhängig von der Reihenfolge ihres Eingangs zu Sachkomplexen zusammen und darf sie erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den Antragstellerinnen bzw. Antragstellern redaktionell überarbeiten oder verschiedene Anträge zu einem zusammenfassen.

224 Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.

227 Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum Empfehlungen zu geben.

231 Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der Antragskommission vorgeschlagen und vom Plenum des Landesparteitages beschlossen.

235 **16 Antragsbefassung, Abstimmungen und Beschlussfassung**

237 Anträge werden zu Beginn der Antragsberatung durch die Antragstellerinnen bzw. Antragsteller begründet. Die anschließende Debatte kann mit Mehrheit jederzeit durch GO-Anträge nach Ziffer 13 beendet oder verkürzt werden. Ein solcher Antrag kann innerhalb der Debatte nur einmal gestellt werden. Die Debatte kann auf Vorschlag der Versammlungsleitung, der Antragskommission oder aus der Mitte der Versammlung mit einfacher Mehrheit begrenzt werden.

247 Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

251 Anträge, zu denen das Votum des Landesparteitages durch offene Abstimmung nicht eindeutig ist oder bei denen geheime Abstimmung beantragt wird, können elektronisch mit abgesicherten Abstimmungsgeräten durchgeführt werden.

256 **17 elektronisches Wahlverfahren**

257 Wahlen, die laut Wahlordnung oder auf Beschluss des Parteitages als geheime Wahl durchzuführen

259 sind, können elektronisch mit abgesicherten Abstimmungsgeräten durchgeführt werden.

260

Antrag zur Geschäftsordnung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages

1. Tagung, 7. Landesparteitag

Antragsteller*in: Landesvorstand

Antrag zur Geschäftsordnung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages

Der Landesvorstand schlägt der ersten Tagung des siebenten Landesparteitages

vor:

1. Diese Tagung mit einem elektronischen Abstimmungsverfahren durchzuführen
2. Diese Tagung mit einem verkürzten Verfahren zur Personaldebatte (nur schriftliche Vorstellung, Anfragen (10 Min. pro Wahlgang, 1. Minute pro Anfrage) und 3 Minuten pro Kandidat*in für Antworten) durchzuführen.

Für ein demokratisches und satzungsgemäßes Wahlverfahren

1. Die LINKE Hamburg—Mitte fordert den Landesvorstand auf, den „Antrag zur Kandidierenden Debatte auf der Ersten Tagung“ zurückzuziehen.
2. Die Begründung wird als Teil des Antrags mitverschickt. Im Falle einer Aufrechterhaltung möge der Landesvorstand den Antrag den Delegiertenmaterialien beifügen, ebenfalls inklusive der Begründung.

Begründung

Der Vorschlag für ein "verkürztes" Kandidaturverfahren, nach dem ausschließlich schriftliche Bewerbungen möglich sein sollen sowie Anfragen von nur maximal einer Minute und Antworten von nur bis zu drei Minuten Länge, widerspricht in mehrfacher Hinsicht der Wahlordnung. Die sieht in § 7 Abs. 4 ausdrücklich vor, daß Wahlvorschläge bis zum Abschluß der Bewerberliste, also auch spontan aus der Versammlung heraus, möglich sind - das wird durch ein schriftliches Verfahren unmöglich gemacht. Außerdem gilt nach Abs. 5: „Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung.“. Es ist eindeutig, daß die persönliche Vorstellung durch die ganze Person, also nicht nur schriftlich, geboten ist, damit sich der Parteitag ein umfassendes Bild von dem Menschen machen kann, der für Repräsentativ- und Leitungsfunktionen kandidiert. Die Möglichkeit zur persönlichen Vorstellung der positionellen und politischen Akzente der Kandidatur ist ein Recht, das nicht genommen werden darf.

Bei der zu erwartenden Fülle an Material zum Landesparteitag und zusätzlich dem Bundesparteitag und angesichts der Krise, die alle Genossinnen und Genossen stark beschäftigt und fordert, ist es zudem völlig unrealistisch, dass sich auch nur eine Mehrheit der Delegierten in der gebotenen Ausführlichkeit mit 30 bis 40 schriftlichen Kandidaturen, also dreißig bis achtzig Seiten Lektüre zusätzlich, beschäftigen werden. Vor dem Hintergrund intensiver Debatten in der Partei ist eine persönliche Vorstellung von drei bis fünf Minuten Länge absolut erforderlich.

Wortlaut Antrag des Landesvorstandes:

„Der Landesvorstand schlägt der ersten Tagung des siebenten Landesparteitages vor:

1. Diese Tagung mit einem elektronischen Abstimmungsverfahren durchzuführen
2. Diese Tagung mit einem verkürzten Verfahren zur Personaldebatte (nur schriftliche Vorstellung, Anfragen (10 Min. pro Wahlgang, 1. Minute pro Anfrage) und 3 Minuten pro Kandidat*in für Antworten) durchzuführen.“

Aus §7 der Wahlordnung:

„(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.“

Wahlordnung der Partei DIE LINKE

Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahlantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission

(9)

kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.

- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.
- (2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.
- (3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.
- (2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.
- (3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.
- (4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang

die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundes-satzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

- (1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).
- (3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.
- (5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.
- (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.

- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.
- (2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen.

(3) Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrigbleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen. Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte, dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu

dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

§ 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abzubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Partei-satzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- a. der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- b. wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- c. unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

LINKES Handeln in der Krise – Die soziale und ökologische Wende jetzt erkämpfen!

Die Covid-19-Pandemie hat Gesellschaften weltweit hart getroffen, weil das Virus nach den neoliberalen Kürzungen der vergangenen Jahrzehnte auf kaputtgesparte Gesundheitssysteme und heruntergewirtschaftete Wohlfahrtsstaaten traf. Die Krankheit selbst ist eine natürliche Bedrohung, die tausenden Toten, die sozialen Schäden in der Gesellschaft und die wirtschaftliche Existenzbedrohung vieler Menschen jedoch sind systembedingt.

Auf die Pandemie haben die Bundesregierung und die Verantwortlichen der Bundesländer viel zu spät und mit einem Shutdown reagiert, dessen Maßnahmen zum Teil widersprüchlich waren. Trotzdem ist es gelungen, die Auswirkungen der ersten Corona Welle abzumildern. Zu einer Überlastung des Gesundheitssystems ist es nur partiell gekommen. Auch in Hamburg konnte ein Kollaps des Gesundheitssystems verhindert werden. Sinnvolle und notwendige Maßnahmen des Senats, wie zeitweilige Kontaktbeschränkungen, hat DIE LINKE unterstützt. Wir haben allerdings darauf gedrängt, dass alle Maßnahmen sowohl zeitlich als auch hinsichtlich ihres Zwecks beschränkt werden müssen und demokratische Rechte gewahrt bleiben. Ein allgemeines Demonstrationsverbot lehnen wir ab. Von Beginn der Krise an haben wir zudem stets die Widersprüchlichkeit und soziale Ungerechtigkeit der Infektionsschutzmaßnahmen in Hamburg – beispielsweise die mangelhaften Kontrollen in Betrieben bei gleichzeitiger Verhängung hoher Bußgelder an Privatpersonen – kritisiert.

Aufgrund der Maßnahmen zum Infektionsschutz wurde die sich bereits abzeichnende ökonomische Krise verstärkt und beschleunigt. Es zeichnet sich ein historisches Krisenszenario ab, das die Form einer Doppelkrise annimmt. Doppelt deshalb, weil eine zyklische Krise des Kapitalismus auf den externen Druck einer Pandemie trifft. Auf die Komplexität dieser verschränkten Krisenursachen gilt es angemessene Antworten zu finden. In der öffentlichen Debatte wird Corona jedoch meist fälschlicherweise als einzige Krisenursache unterstellt, während systemische Aspekte der aktuellen Krisensituation unter den Tisch fallen.

Die in großer Eile beschlossenen wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramme von Bund und Ländern, die alte Strukturen festigen, können höchstens als kurzfristige Notlösungen bezeichnet werden. DIE LINKE hat die Aussetzung der Schuldenbremse und die schuldenfinanzierte Bereitstellung von Hilfgeldern mitgetragen. Die Programme der Bundesregierung und des rot-grünen Senats in Hamburg setzen allerdings an vielen Stellen falsche Aspekte und werden den tiefgreifenden Folgen der Krise in keiner Weise gerecht. Die Krisenhilfen kamen vor allem großen Konzernen zugute, während viele kleine und mittlere Betriebe auf Insolvenzen zusteuern und Soloselbständige in Hartz-IV geschickt wurden. Das Kurzarbeitergeld wurde viel zu gering angesetzt und viele Arbeiter*innen in die Mietschuldenfalle getrieben. Finanziell besonders unter Druck stehende Gruppen wie Minijobber*innen, Erwerbslose und Rentner*innen erhielten in der Krise so gut wie keine Unterstützung. Die größte Last wurde also dem ärmsten Teil der Bevölkerung aufgebürdet. Die falsche Steuerungswirkung der Corona Hilfen und insbesondere die Weigerung, große Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten heranzuziehen, haben zur Verschärfung der Ungleichheit im Zuge der Krise beigetragen.

Während die zum Infektionsschutz getroffenen Kontakteinschränkungen und andere Maßnahmen zu Beginn der Krise von einer sehr breiten Bevölkerungsmehrheit mitgetragen und

48 unterstützt wurden, beginnt mit den sich abzeichnenden sozialen Verheerungen durch die
49 Krise auch die Legitimation von Infektionsschutzmaßnahmen zu sinken. Der Lockdown wurde
50 abgelöst von einem prekären Status regionaler Ausbruchsbekämpfung der Pandemie bei
51 gleichzeitiger Lockerung der allgemeinen Infektionsschutzmaßnahmen. Die Kontrollen des be-
52 trieblichen Infektionsschutzes werden sträflich vernachlässigt, obwohl das Beispiel der
53 Fleischindustrie deutlich vor Augen geführt hat, dass der Infektionsschutz insbesondere dort
54 nicht eingehalten wird, wo sowieso schon schlechte Arbeitsbedingungen herrschen.

55
56 Die soziale Ungerechtigkeit der Krisenfolgen und die Schärfe der Grundrechtseingriffe erzeu-
57 gen inzwischen Gegenreaktionen in der Bevölkerung. Das Unbehagen angesichts verschärfter
58 sozialer Konflikte und die Sorge um die Aussetzung demokratischer Rechte wird von ver-
59 schwörungstheoretischer und extrem rechter Seite genutzt, um das Märchen der „Corona-
60 Lüge“ zu verbreiten. Auf rechten Demonstrationen wird die Corona Pandemie als Lüge der
61 Herrschenden dargestellt, die angeblich medial verbreitet wird, um die Bevölkerung mittels
62 eines nicht-existenten Virus in Schach zu halten. Mit ihrer Forderung nach Aufhebung sämtli-
63 cher Infektionsschutzmaßnahmen treffen sich die Demonstrierenden allerdings mit denjeni-
64 gen Neoliberalen, die aus ökonomischer Rason bereits früh die sofortige Aufhebung der Infek-
65 tionsschutzmaßnahmen forderten.

66
67 Von dieser faktenfernen Kritik an den Herrschenden, die sich letztlich mit eben diesen gemein-
68 macht, grenzen wir uns scharf ab und treten Versuchen rassistischer Vereinnahmung ent-
69 schieden entgegen. Wir benennen die zugrundeliegenden sozialen und demokratischen Prob-
70 leme und üben so scharfe Kritik an der herrschenden Krisenpolitik und setzen diesen Positio-
71 nen unsere Programmatik für eine emanzipatorische Antwort auf die Krise entgegen.

72
73 Entsprechend unseres Sofortprogramms wird das Handeln der LINKEN in der Krise dabei von
74 drei Prämissen geleitet:

- 75
76
 1. Möglichst wenig Tote durch die Corona-Pandemie
 - 77 2. Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf
 - 78 nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen
 - 79 3. Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Aus-
 - 80 nahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen
 - 81 auch in der Krise gewahrt werden

82
83 An diesem Umgang mit der Pandemie wird DIE LINKE weiterhin festhalten und alle Krisenmaßnahmen
84 auf diese Kriterien hin prüfen.

85

86 **Konsequenzen aus der Krise – Aufgaben der LINKEN**

87 Die Corona Krise hat die Unfähigkeit des Markts zur Lösung ökologischer, sozialer und ge-
88 sundheitlicher Probleme vor Augen geführt. Die Aktuelle Wirtschaftskrise wird sich mit staatli-
89 chen Zahlungen an große Unternehmen und kargen Hilfspaketen für Lohnabhängige und
90 kleine Unternehmen nicht bekämpfen lassen. Angesichts des zuvor schon drängenden Prob-
91 lems der Verhinderung der Klimakatastrophe stellt sich vielmehr die Herausforderung, jetzt
92 einen wirklichen gesellschaftlichen Wandel anzugehen. Hin zu einer gerechteren, gesünderen
93 und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft.

94

95 Hierzu ist es notwendig, die fortschreitende soziale Spaltung anzugehen und die Schere zwi-
96 schen Arm und Reich zu schließen. Die Krise hat deutlich gemacht, dass Menschen je nach
97 ihrer sozialen und ökonomischen Stellung unterschiedlich stark betroffen sind. Die Arbeits-,
98 Lebens- und Wohnverhältnisse sind entscheidend dafür, ob das Virus zuschlagen kann oder
99 nicht. Dies zeigt sich in Mietskasernen, in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete oder
100 bei den Vertragsarbeiter*innen der Fleischindustrie. Aufgrund von zu wenig Personal und feh-
101 lender Schutzausrüstung sind Menschen in Pflegeheimen aktuell besonders gefährdet. In
102 über 50 Prozent der Hamburger Pflegeheime gab es Ausbrüche mit vielen Erkrankten und je-
103 weils mehreren Toten.

104 Da in der Krise ein großer Teil der Hilfen nur über Kredite oder Mietstundungen abgewickelt
105 wurde, ist der Tiefpunkt der Rezession bei Weitem noch nicht erreicht. Für das Jahresende
106 und den Beginn des kommenden Jahres wird mit einer Insolvenzlawine gerechnet, die hun-
107 derttausende Menschen in die Arbeitslosigkeit zwingen wird. Auch die Pandemie selbst wird
108 mit dem Jahresende 2020 nicht verschwunden sein, die wirkliche Eskalation der Krise steht
109 also erst noch bevor. Gleichzeitig sind die öffentlichen Kassen durch ausbleibende Steuern
110 und Krisenpakete in Milliardenhöhe doppelt belastet. Alles läuft also auf einen verschärften
111 Klassen- und Verteilungskampf in der Gesellschaft zu, der von der LINKEN offensiv angegan-
112 gen werden muss.

113

114 Weltweit treffen Pandemie und Krise insbesondere die Länder und Regionen hart, die durch (neo-)ko-
115 loniale Abhängigkeiten, Ausbeutung und Kriege besonders in Armut und struktureller Unterentwick-
116 lung gehalten werden. Zivile Entwicklung muss jetzt durchgesetzt werden. Wir wirken deswegen in und
117 mit der Friedensbewegung für Abrüstung, den Stopp von Waffenexporten sowie die Ächtung und Ab-
118 schaffung der Atomwaffen. Die Wirtschaftssanktionen gegenüber Ländern wie dem Iran, Venezuela
119 und Kuba müssen sofort aufgehoben werden.

120

121 Angesichts dieser Erkenntnisse braucht es mehr denn je einen grundlegenden gesellschaftlichen Wan-
122 del, den wir LINKEN offensiv einfordern:

123

124 • Ausbau des Gesundheitssystems, Wieder-Einführung des Bedarfsdeckungsprinzips und Verbot
125 von Gewinnen im Gesundheitssektor. Rekommunalisierung d. Krankenhäuser u. Pflegeeinrich-
126 tungen

127 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne, insbesondere im Gesundheitsbereich

128 • Gewerbe- und Wohnungsmieten senken, um (Privat-)Insolvenzen zu verhindern und Vermie-
129 ter*innen an den Krisenkosten zu beteiligen

130 • Massive Investitionen in Gesundheit, Verkehr, Bildung und Wohnungsbau

131 • Die Einführung einer sanktionsfreien bedarfsorientierten Grundsicherung

132 • Eine zukunftsfähige Industrie- und Wirtschaftspolitik, die soziale, ökologische und demokrati-
133 sche Faktoren berücksichtigt, staatliche Beteiligungen zur Steuerung nutzt und gemeinwirt-
134 schaftliche Wirtschaftsformen entwickelt

135 • Zur Finanzierung dieser Maßnahmen muss die Schuldenbremse dauerhaft abgeschafft und
136 große Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten und der ökologischen Transformation her-
137 angezogen werden

138 • Die Welt muss zur solidarischen Überwindung der Krise zusammenrücken. Wir fordern mit
139 dem UN-Generalsekretär Guterres einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand. Diplomatie
140 und Völkerverständigung statt Aufrüstung und Krieg sind jetzt erst recht geboten!

141 **Konkretion für das Handeln der Hamburger LINKEN, ihrer Untergliederungen und Fraktionen**

142 Um den Aufgaben der kommenden Zeit gewachsen zu sein, ist es notwendig, den Parteaufbau der
143 LINKEN als einer lebendigen Mitglieder- und Programmpartei weiter voranzutreiben. Hierzu ist weiter-
144 hin eine enge Verzahnung von außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktionen notwendig.
145 Die guten Ansätze hierzu werden wir weiterentwickeln und unseren Protest noch stärker als bisher auf
146 die Straße tragen.

147 In unserer Rolle als linke Opposition in der Hamburger Bürgerschaft spielt die Bewegungs- und Klas-
148 senorientierung für uns eine herausragende Rolle. Der bestehende Kampagnenfokus auf die Woh-
149 nungsfrage wird von uns angesichts der verheerenden Folgen der Corona Krise für viele Mieter*innen
150 gestärkt und erweitert. Zur Mietenthematik treten die Verkehrs-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik
151 sowie die Friedenspolitik und der Widerstand gegen Sexismus, Rassismus u. Faschismus als weitere
152 Handlungsschwerpunkte der nächsten Monate hinzu. Ziel ist in allen Bereichen die Verknüpfung sozia-
153 ler, demokratischer und ökologischer Forderungen:

154

- 155 • Wir setzen unsere **Mietenkampagne** mit folgenden Hauptforderungen fort:
- 156 1. Stopp des Verkaufs öffentlichen Grund- und Bodens
- 157 2. Mietendeckel für die Senkung von Wohnungs- und Gewerbemieten
- 158 3. Soziale Wohnungsbauoffensive
- 159 • Wir unterstützen die gemeinsamen Forderungen von ver.di und Fridays for Future für die Ent-
160 wicklung des **öffentlichen Nahverkehrs** und unterstützt entsprechende Aktivitäten
- 161 • Wir unterstützen das friedenspolitische Vorhaben eines **Waffenexportverbots für den Ham-**
162 **burger Hafen** und treiben eine entsprechende Kampagne voran. Die Krise werden wir dafür
163 nutzen, auch die Debatte der Rüstungskonversion voranzutreiben.
- 164 • Wir unterstützen den Kampf der Pflegekräfte für **mehr Personal in Krankenhäusern und**
165 **Pflege** und beteiligen uns an Kampagnen und Aktionen, um bessere Löhne und Arbeitsbedin-
166 gungen im Gesundheitssektor sowie die Rekommunalisierung der Krankenhäuser durchzuset-
167 zen.
- 168 • Wir stellen uns der aufkommenden reaktionären Hetze und dem rechten Terror des NSU 2.0
169 energisch entgegen und unterstützen die **antirassistische und feministische Mobilisierung**
170 **gegen rechte Hetze.**
- 171 • Wir unterstützen das anstehende Volksbegehren zur Streichung der Schuldenbremse aus der
172 Hamburgischen Landesverfassung.

173

174 Mehr denn je müssen wir unsere weitreichenden Antworten konkretisieren. Wir werden deshalb die
175 **Entwicklung eines langfristigen sozialistischen und ökologischen Transformationsprogramms**
176 für Hamburg vorantreiben mit der Zielsetzung, Grund und Boden sowie die Infrastruktur im Bereich
177 Gesundheit, Soziales, Energie und Verkehr in öffentliche Hand zu bringen und den Übergang zu genos-
178 senschaftlichen und vergesellschafteten Wirtschaftsformen zu organisieren.

Raus aus der Corona-Krise heißt raus aus dem neoliberalen Kapitalismus

Zu den politischen Aufgaben der LINKEN Hamburg 2020 bis 2022

Solidarität bewegt die Welt!

Die Corona-Krise offenbart eine tiefe gesellschaftliche Krise und verstärkt sie gleichzeitig: Der neoliberale Dreiklang aus Privatisierung, Demokratie- und Sozialstaatsabbau verschärft mit jedem weiteren Schritt die ohnehin bedrohlichen Probleme. Noch mehr Markt bedeutet noch mehr Reichtum der Wenigen und gleichzeitig noch mehr Armut der Vielen, bedeutet prekäre Wohn-, Arbeits- und Sozialbedingungen; bedeutet eliminierende Standortkonkurrenz bis zum Krieg, bedeutet Umweltzerstörung und desaströses Bildungs-, Kultur- und Gesundheitswesen, bedeutet Klimawandel und atomarer Overkill. Weil der Profit herrscht und die neoliberalen Parteien ihm dienen, werden die produktiven Potentiale der Menschheit, die Wohlergehen für alle ermöglichten, zu Destruktivkräften pervertiert.

Um die Not zu wenden, braucht es einen tiefgreifenden sozial-ökologischen und friedenspolitischen Systemwechsel: Radikale Reformen stehen auf der historischen Tagesordnung. Sie müssen von konsequenter Umverteilung zu Lasten der Großkonzerne und Reichen über umfassende Demokratisierung, die vor Werkstoren und Behördenportalen nicht Halt macht, bis zu Rekommunalisierung und Verstaatlichung reichen.

Eine auf Humanität und Solidarität begründete Gesellschaft kann nur das Ergebnis des gemeinsamen Engagements der Vielen sein. Die LINKE Hamburg ist aktiver und initiierender Teil der fortschrittlichen Bewegungen und Bündnisse, von der Kommune bis zur internationalen Solidarität. Wir wollen mehr Menschen überzeugen und ermuntern, den Kopf zu heben und aktiv zu werden. Daher ist die LINKE Hamburg eine lernende und diskutierende Partei, eine solidarische und aufmerksame Partei, eine aufklärerische und emanzipatorische Partei, parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

International solidarische Entwicklung

Am Härtesten sind von Corona die Menschen in den ärmeren Ländern betroffen, in denen die Lebens- und Gesundheitsbedingungen strukturell in Unterentwicklung gehalten werden, wo Armut, Krieg, Naturzerstörung und Flucht zum Alltag neokolonialer Ausbeutung gehören.

Mit UN-Generalsekretär António Guterres fordern wir einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand! Alle Rüstungsexporte und die enorme Aufrüstung der NATO-Staaten müssen beendet werden. Statt Abschreckung und Bedrohung als Mittel im Wirtschaftskrieg vor allem der USA müssen weltweit Frieden und Verständigung herrschen und muss eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aufgebaut werden. Die milliardenschweren Mittel etwa für die Anschaffung neuer Atombomber, die die Gefahr eines Atomkrieges geplanterweise erhöhen, oder für Drohnen und andere automatisierte Waffen, müssen stattdessen für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden. Wir sagen: Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato muss fallen – und das Kriegsbündnis selbst auch!

Krieg und Hunger sind die größten Fluchtursachen. Auch deshalb intensivieren wir unser Engagement in der Friedensbewegung und unterstützen alle Bemühungen, dass Geflüchtete endlich aus den überfüllten Lagern an den Grenzen der EU befreit und menschenwürdig aufgenommen werden. Alle Sanktionen gegen jedwedes Land müssen aufgehoben werden, ebenso die Freihandelsabkommen, die nur ein Freibrief für neokoloniale Ausbeutung, Deregulierung und Umweltzerstörung sind. Die Krise kann

41 nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden, durch Stärkung der UNO und ihre Institutio-
42 nen (WHO, UNESCO etc.) – für soziale Entwicklung weltweit und ökologische Nachhaltigkeit.

43 Wir bemühen uns, dass die Volksinitiative zum Verbot von Rüstungsexporten zu einem Erfolg wird und
44 wir erhöhen den Druck, dass Hamburg eine Bundesratsinitiative für den Beitritt der Bundesrepublik
45 zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag unternimmt und dass die Bundeswehr aus den Schulen und gene-
46 rell aus der Öffentlichkeit verschwindet.

47 **Gesundheit für alle: Menschen vor Profite!**

48 In der Corona-Pandemie wird deutlich, was längst nötig und möglich ist: Ein Gesundheitswesen, wel-
49 ches vom Menschen und seinen Bedürfnissen ausgeht, statt auf private Profite zu zielen. Das Geschäft
50 mit der Krankheit führt zu Überlastung der Beschäftigten, zu systematischer

51 Unterversorgung und Fehlbehandlung, zu Zynismus („Triage“) und Verzweiflung, zu „FünfMinuten-Me-
52 dizin“, „blutigen Entlassungen“ und Verweigerung von Behandlung. Wir setzen uns dagegen für eine
53 menschenwürdige Gesundheitsversorgung für Alle ein, in der es

54 Mediziner*innen möglich ist, alles zu tun, um ihre Patient*innen bestmöglich zu versorgen, auf dass
55 sie schnell genesen und gar nicht erst erkranken.

56 Als LINKE nehmen wir die Aufgabe an, umfassend das universelle Menschenrecht auf

57 Gesundheit zu verwirklichen, das ist ein „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohl-
58 befindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“ (WHO).

59 Gesundheitsförderung ist also maßgeblich eine Frage der sozialen und ökologischen

60 Bedingungen, der solidarischen Entfaltungsmöglichkeit der Persönlichkeit und der internationalen Ko-
61 operation, etwa um schnell und für alle Menschen Behandlungsmöglichkeiten und Impfstoffe zu entwi-
62 ckeln sowie breit angelegt Prävention zu betreiben. Wir unterstützen den Vorschlag, den kubanischen
63 Ärzt*innen, die Corona-Patient*innen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südeuropa uneigennützig
64 geholfen haben, den Friedensnobelpreis zu verleihen.

65 Wir treten ein für den Ausbau des Gesundheitswesens, für ein einheitliches Krankenversicherungssys-
66 tem und kostenfreie Versorgung für alle, für kommunale Polikliniken und die Rekommunalisierung und
67 Demokratisierung der Krankenhäuser und anderer Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge sowie
68 eine Verstaatlichung der Pharmaindustrie. Als Sofortmaßnahmen kämpfen wir für die sofortige Ab-
69 schaffung der Fallpauschalen, für Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 30 Wochenstunden bei vollem
70 Lohn- und Personalausgleich sowie dauerhaft 500 € mehr pro Monat.

71 **Bildung, Wissenschaft und Kultur als Motor solidarischer Lebensweise**

72 Bildung, Wissenschaft und Kultur sind systemrelevant und systemänderungsrelevant. Ihre Ausrichtung
73 auf Verwertbarkeit der Person, einhergehend mit Vereinzelung und Konkurrenz, steht der Bildung
74 mündiger Menschen fundamental entgegen. Bildung ist etwas Anderes als Pauken und das Erwerben
75 von Abschlüssen für den Arbeitsmarkt. Wir streiten daher für „Eine Schule für Alle“, die vollständig in-
76 klusiv ist und in der solidarisch gelernt wird, damit alle sich zu mündigen, aufgeklärten und weltoffen-
77 en Bürger*innen bilden können, die gemeinsam ihre Geschicke in die Hand nehmen und sich verant-
78 wortungsbewusst zu ihren Mitmenschen verhalten.

79 Wir streiten für nichtkommerzielle und sozial offene Kultur- und Bildungseinrichtungen, in denen disku-
80 tiert, gelernt, reflektiert und sich die Welt angeeignet wird, in denen historische und soziale Zusam-
81 menhänge begriffen und politische Entwicklungen hinterfragt werden können, in denen wissenschaft-
82 lich und künstlerisch die Welt als veränderbare begriffen wird.

83 Die Digitalisierung ist kein Ersatz für die soziale Begegnung und zudem ein tiefer Eingriff in Wissen-
84 schaftsfreiheit und Lehr- und Lernmethoden. Für das Erlernen von Solidarität und eines kritischen Ur-
85 teilsvermögens, von Geschichtsbewusstsein und verantwortlichem Umgang miteinander müssen Be-
86 dingungen geschaffen werden, damit die Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen schnellst-
87 möglich wieder geöffnet werden können und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für mündige
88 Menschen stellen. Wirtschaft und Soziales: **Weil der Mensch ein Mensch ist**

89 Mit der Doktrin des Neoliberalismus werden die Menschheitsprobleme nicht gelöst, sondern bis zum
90 letzten zugespitzt. So kann es nicht weitergehen, und die Kritik wächst weltweit:

91 Gesellschaftsrelevante Berufsfelder sind unterbesetzt und unterbezahlt, die Beschäftigten haben mit
92 Entfremdung zu tun; es gibt eine weltweite Knappheit lebenswichtiger Güter, unzählige Menschen ha-
93 ben kein Dach über dem Kopf, nicht genug zu essen oder keinen Zugang zu frischem

94 Wasser. Es könnte längst einen Wirkstoff gegen Corona-Viren geben, wäre da nicht das Profitstreben
95 der Pharmaindustrie. Eine sozial-ökologische Produktion steht ganz oben auf der historischen Tages-
96 ordnung, um den Bedarf aller zu decken – wir brauchen Demokratie in der Wirtschaft und vernünftige,
97 verantwortungsvoll vorausschauende Planung!

98 Für die Verwirklichung der Menschenwürde und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf den nicht
99 wohlhabenden Teil der Bevölkerung braucht es sofort eine deutliche Stärkung der Kaufkraft. Die Gel-
100 der für die Bewältigung der Coronakrise müssen aus dem Wehretat genommen werden, nicht aus dem
101 Sozialetat. Öffentliche Mittel für Großkonzerne müssen verbunden werden mit stärkerer Mitbestim-
102 mung und staatlicher Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik. Wir streiten für das Recht auf Arbeit
103 und Wohnen, für einen menschenwürdigen Mindestlohn, das Verbot von Massenentlassungen und un-
104 begründeten Befristungen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, den Aus-
105 bau betrieblicher Mitbestimmung und die Überführung relevanter Großbetriebe in Gemeinwirtschaft
106 bis zur Verstaatlichung von Grund und Boden. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – zugunsten einer
107 sanktionsfreien, menschenwürdigen Mindestsicherung.

108 Auf staatlicher Ebene muss die Politik der Austerität und „Schuldenbremse“ beendet werden – für die
109 Befreiung aus dem Zugriff privater Investoren. Es braucht weitsichtige und nachhaltige öffentliche In-
110 vestitionen in die soziale Grundsicherung, ein öffentlich ausgebautes

111 Gesundheitswesen, lebendige Kultur und Bildung, verantwortungsvolle Wissenschaft, sozialen Woh-
112 nungsbau und kostenfreien, menschenwürdigen Wohnraum für Obdachlose auf Dauer (auch mittels
113 Enteignungen), eine nachhaltige Verkehrs- und Energiewende mit sinnvoll ausgebautem, kostenfreiem
114 ÖPNV sowie insgesamt in die öffentliche Infrastruktur. Wir treten gleichzeitig für eine sofortige Vermö-
115 gensabgabe sowie die Erhebung der Vermögenssteuer ein. Wir unterstützen mit aller Kraft die Volks-
116 initiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“ und für die Abschaffung der Schuldenbremse.

117 **Die Umweltfrage ist Systemfrage:**

118 **Nachhaltige Wirtschaft erhält die natürlichen Lebensgrundlagen für alle**

119 Kapitalistische Unternehmen begreifen die Natur lediglich als Quelle der Profitmehrung und beuten sie
120 bedingungslos aus. Auf diese Weise wurden und werden die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.
121 Dieser Fakt kann nur eines bedeuten: grundsätzliches Umdenken, Nachhaltigkeit ist das Gebot der
122 Stunde. Ein sozial-ökologischer Systemwechsel ist unabdingbar, damit die Grundversorgung mit dem
123 Lebensnotwendigen wie Energie, Wasser und Ernährung, Mobilität, Wohnen, soziale Infrastruktur, Ge-
124 sundheit, Bildung und Kultur gesichert wird. Nur durch demokratische Verfügung kann zudem erreicht
125 werden, dass die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen für alle Menschen gesichert wird. Die öko-
126 logische und die soziale Frage gehören zusammen. Das zeigt auch der Umstand, dass die Verbreitung

127 des Corona-Virus offenbar durch Naturzerstörung und skrupellose Massentierhaltung begünstigt
128 wurde.

129 Daher kämpft die LINKE für den Ausbau des ÖPNV und die kostenfreie Nutzung sowie für die öffentli-
130 che Kontrolle der Schlüsselindustrien, auch der Lebensmittel- und Energieversorgung. Beispielsweise
131 kann durch die Zusammenlegung von Lufthansa und DB der Kern eines integrierten öffentlichen Mobi-
132 litätskonzerns mit starker Mitbestimmung entstehen, wodurch die Verkehrswende einen starken Im-
133 puls erhielt.

134 **Gegen Rechts – Freiheit, Gleichheit, Solidarität!**

135 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wird von rechts auf die Krise mit noch mehr Demokratie-
136 abbau (Orban), Autoritarismus, Nationalismus (Trump) und Sozialdarwinismus (Bolsonaro) geantwor-
137 tet. Was juckt uns das Virus: Der Stärkere überlebt, der Schwächere hat's nicht anders verdient (AfD).

138 Die UN-Charta, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und das Grundgesetz beinhalten als
139 Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, dass statt Ausbeutung und globaler Konkurrenz
140 die Welt von Völkerfreundschaft, Frieden und für alle gedeihliche Zusammenarbeit bestimmt werden
141 muss. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Notwendige Schritte, um dies zu erreichen sind De-
142 mokratisierung der Wirtschaft, Entmachtung der Monopole und die vollständige Entmilitarisierung.

143 Die AfD und alle Nazi-Organisationen – ob hetzend oder real bewaffnet – haben nirgendwo irgendet-
144 was zu suchen. Die Geheimdienste gehören ebenso abgeschafft, und jede Form von Rassismus und
145 Entwürdigung gehört unter Strafe gestellt. Wir kämpfen für die Wiederherstellung des Asylrechts und
146 für umfassend gleiche soziale und demokratische Rechte für alle hier lebenden Menschen. Wir setzen
147 uns an der Seite von Esther Bejarano dafür ein, dass der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag und Festtag
148 der Völker wird und dass VVN/BdA und Attac die Gemeinnützigkeit wieder zuerkannt wird.

149 **Progressive Parteientwicklung: Diskutieren, lernen, kämpfen – gemeinsam!**

150 Die LINKE kämpft für diese Alternative einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Krieg. Wir wollen
151 mehr Menschen überzeugen, statt zu resignieren, sich einzumischen. Wir sind nicht so wie die ande-
152 ren Parteien, in denen einzig Vorstände und Fraktionen über Ausrichtung und Inhalt der Politik bestim-
153 men, getrieben von Lobbygruppen und Medienkonzernen. Wir sind eine lebendige Mitglieder- und Pro-
154 grammpartei, wir streiten miteinander und lernen miteinander. Dafür muss die Partei, also die Mitglie-
155 der, ihrer Arbeit nachgehen und tagen können. Wir brauchen eine Landesgeschäftsstelle und andere
156 Räumlichkeiten, die attraktiv, barrierefrei, sichtbar sowie gut zugänglich für herzlich willkommene Inte-
157 ressierte sind und in der sich das Parteileben munter entfalten kann. Deshalb setzen wir uns auch in
158 der Bundespartei für einen offensiven Oppositionskurs und eine Stärkung der innerparteilichen Demo-
159 kratie ein.

160 **Unsere politischen Vorhaben bis 2022 sind insbesondere:**

- 161 ■ Wir fordern mit UN-Generalsekretär António Guterres einen weltweiten Waffenstillstand
162 und unterstützen die Volksinitiative zum Verbot von Rüstungsexporten und die Kampagne
163 für den Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.
- 164 ■ Wir unterstützen alle Bemühungen, dass Geflüchtete endlich menschenwürdig
165 aufgenommen werden – bei gleichzeitiger Schaffung bester sozialer Voraussetzungen für
166 alle hier lebenden Menschen.
- 167 ■ Wir streiten für die Rekommunalisierung und Demokratisierung der Krankenhäuser. Als
168 Sofortmaßnahmen kämpfen wir für die sofortige Abschaffung der Fallpauschalen, für

-
- 169 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie dauerhaft 500 €
170 mehr pro Monat.
- 171 ■ Wir fordern vom Hamburger Senat, zusammen mit Bildungs-, Wissenschafts- und
172 Kultureinrichtungen Bedingungen dafür zu schaffen, dass diese schnellstmöglich wieder
173 öffnen können.
 - 174 ■ Wir sind Teil gewerkschaftlicher Kämpfe – vom menschenwürdigen Mindestlohn bis zum
175 Ausbau betrieblicher Mitbestimmung und wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg –
176 zugunsten einer sanktionsfreien, menschenwürdigen Mindestsicherung.
 - 177 ■ Wir unterstützen mit aller Kraft die Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“
178 und „Schuldenbremse streichen“.
 - 179 ■ Wir setzen uns für einen grundlegenden sozial-ökologischen Systemwechsel ein: Für die
180 öffentliche Kontrolle der Schlüsselindustrien einschließlich Lebensmittel- und
181 Energieversorgung. Der ÖPNV muss ausgebaut und kostenfrei werden.
 - 182 ■ Wir setzen uns an der Seite von Esther Bejarano dafür ein, dass der 8. Mai ein gesetzlicher
183 Feiertag und Festtag der Völker wird und dass VVN/BdA und Attac die Gemeinnützigkeit
184 wieder zuerkannt wird.
 - 185 ■ Wir wollen mehr Menschen überzeugen und ermuntern, den Kopf zu heben und aktiv zu
186 werden, sich an diesen und weiteren Kämpfen zu beteiligen, die Welt zu einer besseren zu
187 machen - und DIE LINKE als oppositionelle, lernende, emanzipatorische Partei zu stärken.

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung als Dringlichkeitsantrag an den Bundesparteitag zur Beschlussfassung dort beschließen:

- 1 Der Bundesparteitag unterstützt den Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei Die Linke (Text
2 umseitig). Unsere Partei ist selbst Teil der Friedensbewegung. Jegliche Relativierungen unserer Frie-
3 densprogrammatik zugunsten von Regierungsfähigkeit schaden der Friedensbewegung und entschär-
4 fen unser antimilitaristisches Parteiprofil. Wir erwarten von Partei- und Fraktionsvorstand, sich nicht
5 länger auf der Leimrute von Offerten zum gemeinsamen Regieren mit SPD und Grünen nach der Bun-
6 destagswahl 2021 zu bewegen. Stattdessen gewinnt unsere Partei nur dadurch an Stimmen und Kraft,
7 wenn sie auf klaren Oppositionskurs zurückkehrt, um dem Mehrheitsinteresse der Bevölkerung Gel-
8 tung zu verschaffen. Unterhalb z.B. der Forderungslinie der Hamburger Friedensbewegung zum dies-
9 jährigen Antikriegstag hat unsere Partei bei Strafe ihres Untergangs nichts in einer Bundesregierung
10 verloren:
- 11 ▪ Abrüsten statt Aufrüsten
 - 12 ▪ Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UN
 - 13 ▪ Ausstieg aus der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ und der Erstschlagsdoktrin der NATO
 - 14 ▪ Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Büchel in der Eifel
 - 15 ▪ Verzicht auf neue Kriegswaffen wie den US-Jagdbomber F 18, deutsch-französische Flugzeug-
16 träger oder israelische Kampfdrohnen
 - 17 ▪ Aufbau einer neuen friedensorientierten Zusammenarbeit mit Russland



Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei DIE LINKE

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* zitiert aus einem Interview des Deutschlandfunks** den CO-Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Seine Äußerungen zur Außenpolitik bereiten uns - Menschen aus der deutschen Friedensbewegung - große Sorgen um die letzte im Parlament vertretene Partei mit friedenspolitisch konse-

quenter Programmatik.

In dem Interview geht es um die NATO-Orientierung der deutschen Außenpolitik. Die NATO ist das Militärbündnis, von dem aus die meisten und massivsten Völkerrechtsverletzungen seit dem Ende des Kalten Krieges ausgegangen sind und ausgehen. In einer

Desinformationskampagne unter Verweis auf die vermeintlich übermächtige Rüstung Russlands und Chinas fordert die NATO eine Steigerung der Rüstungsausgaben ihrer Mitglieder in einem sozialpolitisch und ökologisch unverantwortlichen Umfang, obwohl die NATO-Staaten schon jetzt ca. 15 Mal mehr für den Militärssektor ausgeben, als Russland.

Statt gegen die brandgefährliche NATO-Politik vorzugehen erklärt Dietmar Bartsch in der Absicht, mit den Parteien, die die NATO-Politik mittragen, in eine Koalition gehen zu können, man sei „am Ende des Tages (...) auch auf diesem Feld regierungsfähig“. Er ergänzt, es sei absurd zu glauben, die Linken wollten eine Auflösung der NATO zur Voraussetzung für einen Regierungseintritt machen.

Auch in der Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr erklärte Dietmar Bartsch eine sogenannte Diskussionsfähigkeit seiner Partei. Bartsch verwies darauf, dass die Mitglieder seiner Fraktion in der Vergangenheit im Parlament schon unterschiedlich abgestimmt hätten. Es sei absurd, anzunehmen, Linke würden sich an dem Tag, an dem ihre Partei Regierungsverantwortung übernehme "in die Flugzeuge setzen und die Jungs zurückholen".

Mit anderen Worten: Einsätze der Bundeswehr, die zur Destabilisierung ganzer Weltregionen und zu unsäglichem Leid sowie letztlich zu einer Zuspitzung von Fluchtursachen und Flüchtlingstragödien führen, sind für Mitglieder der Führungsspitze der Bundestagsfraktion der LINKEN (zukünftig) zustimmungsfähig.

Diese Politik, die im Gegensatz zum Programm der LINKEN steht, darf nicht in die Realität umgesetzt werden. Sie dient nicht dem Frieden und widerspricht den Interessen der Menschen in den Kriegsgebieten und auch in unserem Land.

* <https://www.md.de/politik/linke-nicht-regierungsfahig-bartsch-findet-kritik-abstrus-undweist-zuruck-T3AWZS3HTLYUZLLL-HCGWRM5YME.html>

** https://www.deutschlandfunk.de/dietmar-bartsch-die-linke-wir-befreien-diesozialdemokraten.868.de.html?dram:article_id=482431

Bisherige Unterzeichner*innen (Stand: 24.8.2020, 10 Uhr):

Elisabeth Abendroth, Rentnerin, Frankfurt/M.; **Sven Alisch**, Gymnasiallehrer, Friedensbrücke e.V., Steinburg; **Jürgen Aust**, Mitglied Landesvorstand DIE LINKE.NRW, Duisburg; **Gerhard Baisch**, Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender IALANA Deutschland – Vereinigung für Friedensrecht, Bremen; **PD Dr. Johannes M. Becker**, Friedensforscher, Universität Marburg, Co-Sprecher der Vertrauens-Dozent*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung; **PD Dr. Michael Berndt**, Friedensforscher, Habichtswald; **Jochen Böhme-Gingold**, Kreisvorsitzender DIE LINKE, Schwalm-Eder, Felsberg-Beuern; **Eva Böller**, Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum; **Constantin Braun**, Mitglied im BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken DIE LINKE, Berlin; **Reiner Braun**, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Airbase Ramstein, Berlin; **Gabriele und Bernd Brejla**, Rentnerin/Sprecher der Linksfraktion im Stadtteilbeirat Gröpelingen, Bremen; **Toni Brinkmann**, Deutscher Freidenkerverband Nord, Bremen; **Dr. Sibylle Brosius**, Chemikerin, Vorstand NaturwissenschaftlerInnenInitiative, Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss), Limburgerhof; **Heinrich Bücker**, Coop Anti-War Café Berlin; **Holger Bütthling**, Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg, Bremen; **Hartmut Drewes**, Pastor i.R., Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum; **Klaus Dräger**, ehem. Mitarbeiter Linksfraktion im Europaparlament (GUE/NGL), Köln; **Waltraud Eisenträger-Tomczuk**, Friedensforum Werra Meißner, VVN/BdA Kassel, DIE LINKE Hersfeld-Rotenburg, Bad Sooden-Allendorf; **Prof. Dr. Wolfram Elsner**, ehemaliger Konversionsbeauftragter des Senats, Bremen; **Otto Ersching**, Werkzeugkonstrukteur, stellv. Sprecher DIE LINKE, Lüdenscheid; **Michael Ewert**, Historiker, München; **Dr. Ilina Fach**, Rentnerin, 1. Vorsitzende Kulturhorizonte e.V., Marburg; **Susanne Focke**, Haushaltshilfe, Nordhorn; **Olga Fritzsche**, Landessprecherin DIE LINKE Hamburg; **Wolfgang Gehrcke**, ehem. MdB DIE LINKE, Berlin; **Holger Griebner**, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; **Thies Gleiss**, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, Köln; **Andreas Grünwald**, Reiseveranstalter, DIE LINKE BV Hamburg-Mitte; **Dr. Markus Gunkel**, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; **Klaus Hartmann**, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes, Offenbach; **Agnes Hasenjäger**, Vorstandsmitglied Friedensbüro Hannover, Mitglied des Landesvorstandes Die LINKE. Niedersachsen; **Barbara Heller**, Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum; **Inge Höger**, Landessprecherin DIE LINKE NRW, Herford; **Nicola Hofediener**, langjährige Friedensaktivistin, Hamburg; **Willi Hoffmeister**, Dortmunder Friedensforum, Ostermarsch Ruhr; **PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**, Universität Siegen, Co-Sprecherin der Vertrauens-Dozent*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Marburg; **Beate Jordan**, Edermünde; **Richard Kallok**, Rentner, Mitglied DIE LINKE Kassel-Land, Kaufungen; **Kristine Karch**, Co-Sprecherin des internationalen Netzwerkes ‚No to war-no to NATO‘, Düsseldorf; **Sima Kassaie-van Ooyen**, Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/M.; **Liane Kilinc**, tätig in der Alten- und Behindertenpflege, Friedensbrücke e.V., Wandlitz; **Marlit Klaus**, DIE LINKE, Hamburg-Altona; **Martina Knappert-Hiese**, aktiv in der Friedensregion Bodensee, Kressbronn; **Margot Konetzka**, DKP, Bremen; **Helli Laabs**, ehemalige Berufsschullehrerin, Mitglied Landesvorstand DIE LINKE, Hamburg; **Gerhard Labitzke**, Organisator der Mahnwache für Frieden, Solidarität und Völkerfreundschaft, Potsdam; **Michael Lang**, Kampagne Stopp Airbase Ramstein, Berlin; **Ekkehard Lentz**, Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum; **Sabine Lösing**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsidentin Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung und Koordinatorin der gue/ngl, Kokreis Göttinger Friedensforum; **Birgit Lossdörfer**, MTA, ver.di-Mitglied, Pflege Bündnis, Kiel; **Pascal Luig**, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss), Berlin; **Ulrik Ludwig**, pensionierter Lehrer, GEW-Mitglied, Sprecher der Kommunistischen Plattform Clara Zetkin in Hamburg, Halstenbek; **Klaus Lübberstedt**, Hamburg; **Birgit Malzahn**, Kasseler Friedensforum; **Lore und Bernd Meimberg**, VVN-Lübeck, Bundesausschuss Friedensratschlag, Sierksfelde; **Peter Meyer**, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; **Gottfried Müller**, DFG-VK Ortsgruppe Kiel; **Florian Muhl**, Diplompädagogin, Landesvorstand DIE LINKE, Hamburg; **Mike Nagler**, Leipzig; **Prof. Dr. John P. Neelsen**, Universität Tübingen, Institut für Soziologie, Vertrauensdozent Rosa-Luxemburg-Stiftung; **Gerd Nierenköther**, ehemaliger Gewerkschaftssekretär IG Metall, Mitglied DIE LINKE, Kassel; **Elke Nordbrock**, DIE LINKE, Hamburg; **Willi van Ooyen**, Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Ostermarschbüro, Frankfurt/M.; **Christof Ostheimer**, ver.di-Betriebsvorsitzender der Südholstein, Runder Tisch für Toleranz und Demokratie der Stadt und Friedensforum Neumünster; **Horst Otto**, Gründungsmitglied Deutsch-Russische Friedenstag Bremen e.V.; **Karl Heinz Peil**, Friedens- und Zukunftswerkstatt, verantwortlicher Redakteur des ‚Friedensjournal‘, Frankfurt/M.; **Ralf Peters**, Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbüttel, aktiv im Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; **Senta Pineau**, Kölner Friedensforum, AK Zivilklausel Uni Köln; **Geert Platner**, Schriftsteller, Ahnatal; **Prof. Dr. Peter Porsch**, ehem. Mitglied des Sächsischen Landtags; **Lilo Rademacher**, ehemalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen-Oberschwaben, aktiv in der Friedensregion Bodensee, Friedrichshafen; **Peter Rath-Sangkhakorn**, pad-Verlag, Bergkamen; **Christiane Reymann**, Autorin, Berlin; **Ruth Rieß**, Mitglied VVN-BdA Oldenburg/Friesland, Ovelgönne; **Hartmut Ring**, Lehrer, Leiter Ausschuss für

Friedenserziehung der GEW, Bundesausschuss DIE LINKE, Hamburg; **Barbara Römer**, Kasseler Friedensforum; **Hans-Otto Röber**, GEW, Guxhagen; **Gerd-Rolf Rosenberger**, Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg, Bremen; **Wolfgang Rothe**, Marburg/L.; **Dr. Werner Ruf**, Prof. für internationale Politik i.R. und Friedensforscher, Kasseler Friedensforum, Edermünde; **Walter Ruffler**, ehemaliger Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, Künstler, Bremen; **Ulli Sander**, Sprecher der VVN-BdA, Dortmund; **Dr. Marianna Schauzu**, Marx-Engels-Zentrum Berlin; **Torsten Schleip**, LV Ost der DFG-VK, Leipzig; **Johannes Schlesiger-Hesse**, Kriegsdienstverweigerer der ersten Generation, Meppen; **Birgit und Heiko Schlie**, Ergotherapeutin/Kraftfahrer, Friedensbrücke e.V., Scheeßel; **Michael Schmid**, Referent für Friedensfragen bei „Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“, Gammertingen; **Melanie Schmidt-Krobok**, selbstständig, DIE LINKE NRW, Duisburg; **Angelika Schmitt-Röber**, GEW, Guxhagen; **Konstantin Schneider**, Koordinierungskreis Kampagne Stopp Airbase Ramstein, Lahr; **Dr. Arnold Schölzel**, Vorsitzender des RotFuchs-Fördervereins, Berlin; **Claus Schreer**, Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus; **Maureen Schwalke**, Verwaltungsfachangestellte, ehemaliges Mitglied Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Delegierte für Landesparteitag DIE LINKE; **Dorothea und Konrad Sauerbeck**, Friedensbewegt, Hamburg; **Gilbert Siegler**, Diplom-Pädagoge, Mitglied Landesvorstand DIE LINKE, Hamburg; **Benno Stahn**, Kieler Friedensforum; **Manfred Steglich**, Landesrat DIE LINKE in Bremen; **Thore Steinigeweg**, DFG-VK Ortsgruppe Kiel; **Christoph Timann**, Game Designer, DIE LINKE Hamburg; **Horst Trapp**, Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/M.; **Bernhard Trautvetter**, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, VVN-BdA, Sprecher Essener Friedensforum; **Mario Urban**, Senftenberg; **Wolfgang Voesch**, Ratsmitglied DIE LINKE, Fröndenburg/Ruhr; **Jörg Volacek**, Sprachdozent, DIE LINKE, Höxter; **Wolfgang Vormann**, Koordinierungsgruppe #aufstehen Bremen; **Regine Voss**, DKP Bremen-Nord; **Joachim Wahl**, Außenpolitiker, Mitglied DIE LINKE, BV Berlin-Nordost; **Petra Weber**, Kreissprecherin DIE LINKE Kreisverband Unna; **Andreas Wehr**, Marx-Engels-Zentrum Berlin; **Gunda Weidmüller**, Hamburger Forum für Völkerverständnis und weltweite Abrüstung, **Karl-Ulrich Wickert**, Kassel; **Lucas Wirf**, IALANA Deutschland – Vereinigung für Friedensrecht; **Sabine und Gun Wille**, ehem. Verwaltungsangestellte DGB/Gewerkschaftssekretär ver.di, Hamburg; **Herbert Wolf**, GEW-Mitglied, Friedensbewegt seit den 1970er Jahren, Speyer; **Dr. Winfried Wolf**, Lunapark 21 und Zeitung gegen den Krieg, Michendorf/Brandenburg; **Prof. Dr. Jörg Wollenberg**, Bremen; **Dr. Dittmar Zengerling**, Mitglied DIE LINKE, Kreisverband Potsdam, stellvertretender Sprecher der Friedenskoordination Potsdam, Mitglied aufstehen Potsdam; **Olaf Zimmer**, Erzieher, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Bremen

Weitere Informationen im Netz:

<https://frieden-links.de>

Weitere Unterschriften und Anfragen: aufruf@frieden-links.de

Kontaktmöglichkeiten:

Bernhard Trautvetter, Essen, btrau@t-online.de, 0201/ 425 620, 0175 5946225 <https://essenart.de/>

Kristine Karch, Düsseldorf, kristine@no-to-nato.org, 0173 5313777 www.no-to-nato.org

Ekkehard Lentz, Bremen, ekkehard.lentz@bremerfriedensforum.de, 0421/3961892, 0173-4194320, <https://twitter.com/ekkehardlentz1>, <https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>, www.instagram.com/bremer_friedensforum

Rassismus bekämpfen – Sozialen und ökologischen Fortschritt erkämpfen!

Die Partei DIE LINKE bezieht klare Position gegen Rassismus jeglicher Form. Als Rassismus ist dabei nicht nur individueller Rassismus auf der Straße zu verstehen. Rassismus basiert auf historischen Kontinuitäten, die in ihrer Gesamtheit aufgearbeitet werden müssen – angefangen bei Kolonialisierung, Reichtum der einen durch Sklaverei und Ausbeutung der anderen, über „Rassenwahn“, Gastarbeitertum, der Markierung von Menschen als (ewige) Ausländer. Dieser gesellschaftliche Rassismus bietet den Nährboden für den Aufstieg rechter Parteien, Netzwerke und rassistische Terroranschläge wie jüngst in Hanau.

Institutioneller Rassismus ist auch in Deutschland Alltagsrealität für BIPOC (Black, Indigenous, People of Colour). Diese Ungerechtigkeit wird durch Wegschauen in ihrer Existenz bestärkt. Stattdessen müssen wir institutionellem Rassismus dort begegnen, wo er sich zeigt: Als Racial Profiling durch die Polizei, als Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ebenso wie auf dem Arbeitsmarkt. Als systematische Benachteiligung im Jobcenter oder in den Meldeämtern, in der Schule, am Ausbildungsplatz oder an der Universität – wenn wir in einer Gesellschaft leben wollen, die gleiche Rechte für alle garantiert, dann müssen diese Rahmenbedingungen von uns erst noch erstritten werden. Die Verstrickungen deutscher Sicherheitsbehörden in die Machenschaften des NSU, in das Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke, in das neuerliche Agieren des NSU 2.0 und in diverse weitere rechte Gruppierungen müssen aufgedeckt und aufgearbeitet werden. Vor dem Hintergrund all dessen müssen migrantische Stimmen gestärkt werden. Es geht darum, Betroffene sprechen zu lassen, statt über andere zu sprechen. Antirassistisches und antifaschistisches Engagement müssen zusammen gedacht werden. Ebenso muss die Selbstorganisation migrantischer Communities unterstützt werden und als zentraler Bestandteil antirassistischer Praxis verstanden werden.

Darüber hinaus erkennen wir die internationale Dimension des Rassismus an. Kapitalistische Lieferketten führen zur systematischen Ausbeutung von Menschen ganz insbesondere in Ländern des globalen Südens. Diese Lieferketten halten den Konsum hierzulande am Laufen, der durch unverschämt niedrige Preise aufgrund von Menschenrechtsverletzungen im Ausland angekurbelt wird. Die erdrückenden Kosten für diesen Konsum und Profit zahlen BIPOC in den Ländern des globalen Südens. Dies ist inakzeptabel. Dass die Europäische Union sich an ihren Außengrenzen brutal gegen Geflüchtete wendet und diese Menschen aktiv davon abhält, ihre Rechte wahrnehmen zu können – das humanitäre Recht auf Asyl ebenso wie ihre Menschenrechte – ist ein himmelschreiendes Unrecht. Auch das verurteilen wir als eine Form des institutionellen Rassismus an Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft in Lagern wie auf Lesbos und Chios oder in Ankerzentren und Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen festgehalten werden. Diese Zustände sind nicht haltbar. Wir fordern gleiche Rechte für alle. Wir fordern eine Politik und eine Gesellschaft, die sich aktiv mit Rassismus und seinen Facetten auseinandersetzt, sie aufdeckt und sie Stück für Stück abbaut. Und dabei hier und heute beginnt.

Wir unterstützen die Initiative der Bürgerschaftsfraktion, durch die Debatte um ein Hamburger Antidiskriminierungsgesetz, Rassismus zum Thema in der Stadtgesellschaft zu machen und kämpfen so darum den institutionellen Rassismus in Hamburg zurückzudrängen.

Darüber hinaus sehen wir als besondere Aufgabe des Hamburger Landesverbandes der LINKEN zusammen mit Initiativen und der außerparlamentarischen Bewegung den gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit für alle und gegen rassistische Diskriminierung in all Ihren Facetten zu verknüpfen

Antragsteller*in: Geschäftsführender Landesvorstand

15.09.2020

- 44 und werden als Landesverband in diesem Sinne den außerparlamentarischen antirassistischen Kampf
45 unterstützen.
- 46 Wir kämpfen dafür einen gemeinsamen gesellschaftlichen Block für sozialen und ökologischen Fort-
47 schritt und gegen rassistische Diskriminierung aufzubauen, der eine Alternative gegen die Spielarten
48 des Neoliberalismus und reaktionären Gesellschaftsentwürfe zum Tragen bringt.

- 1 Der Landesverband DIE LINKE. Hamburg
- 2 ■ setzt sich ein für den Aufbau eines solidarischen Gesundheitssystems, die Wiedereinführung
3 des Bedarfsdeckungsprinzips, das Verbot von Gewinnen im Gesundheitssektor und die Über-
4 führung der Krankenhäuser in öffentliches Eigentum
- 5 ■ unterstützt die im Kranken- und Pflegebereich Beschäftigten in ihren Forderungen für mehr
6 Lohn sowie eine verbindliche Personalbemessung in den kommenden Tarifaueinandersetzun-
7 gen
- 8 ■ unterstützt die bundesweite Bewegung zur Abschaffung der Fallpauschalen
- 9 ■ organisiert gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion, Krankenhausbeschäftigten sowie mit
10 Bündnispartner_innen eine Strategiekonferenz zur Frage:
11 „Wir brauchen ein solidarisches, bedarfsgerechtes und gemeinwohlorientiertes Gesundheits-
12 system – Welche Schritte dahin sind möglich und nötig?

Begründung:

Von Personalnotstand bis zu fehlenden Krankenhausbetten – die Corona-Krise hat den Notstand in den Kliniken wie durch ein Brennglas noch einmal herausgehoben. Die neoliberale Ausrichtung der Gesundheitspolitik hat das Gesundheitswesen als Quelle immenser Profite erschlossen.

Z.B. werden die Krankenhäuser systematisch auf Wettbewerbsfähigkeit getrimmt und unter Kostendruck gesetzt. Im System der Fallpauschalen werden nur behandelte Fälle finanziert, nicht aber vorgehaltene Betten oder eine gute Personalausstattung. Von diesem System profitieren private Krankenhauskonzerne wie Asklepios oder Helios – Leidtragende sind die Patienten und die Beschäftigten.

Der mit dem Fallpauschalen-System verbundene Kostendruck und Kommerzialisierung trifft mit unterschiedlichem Ausmaß alle Krankenhäuser unabhängig von der Trägerschaft. Die Abschaffung der Fallpauschalen ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gemeinwohlorientiertes Krankenhauswesen. Daher setzt sich DIE LINKE für die Wiedereinführung des Bedarfsdeckungsprinzips und für das Verbot von Gewinnen im Gesundheitswesen.

Gegen den Pflegenotstand und die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens hat sich vielerorts Widerstand entwickelt – auch in Hamburg. Die Volksinitiative für mehr Pflegepersonal konnte vom Senat nur durch eine Verfassungsklage ausgebremst werden. Die Krankenhausbewegung und das Hamburger Pflegebündnis setzen sich weiter für eine verbindliche Personalbemessung ein und wollen Entlastungstarife durch Streiks in den Häusern erkämpfen. Die kommenden Tarifaueinandersetzungen sind für die Mobilisierung der Beschäftigten für ihre Forderungen von großer Bedeutung. Die Aufgabe der LINKEN ist es in dieser Auseinandersetzung Partei für die Beschäftigten zu ergreifen und sie parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen.

Die soziale Wende im Gesundheitswesen braucht einen Weg, der zum Erfolg führen kann. Dabei spielt auch die Rekommunalisierung der Krankenhäuser eine wichtige Rolle. Aber in einem auf Profit getrimmtem Gesundheitssystem sind die Menschen auch in öffentlichen Krankenhäusern auf eine menschenunwürdige Versorgung verdammt.

Über die Notwendigkeit einer sozialen Wende im Gesundheitswesen besteht Einigkeit – umso wichtiger ist die Frage des Wie!

1 **Resozialisierung privater Krankenhausbetreiber in Hamburg und** 2 **Rückführung der Krankenhäuser in öffentliche Verwaltung**

3 Die von verschiedenen privaten Firmen betriebenen ehemaligen öffentlichen Krankenhäuser in Ham-
4 burg sollen wieder in den Besitz der öffentlichen Hand zurückgeführt werden. Im Falle einer Weigerung
5 des Verkaufs oder einer deutlich überhöhten Kaufsumme erfolgt eine Enteignung gemäß Grundgesetz
6 Artikel 14(3) der betreibenden Firmen, da es sich bei der Krankenversorgung um einen essentiellen
7 Bereich der Daseinsvorsorge handelt, bei dem Gewinninteressen privater Firmen zu einer Verschlech-
8 terung der Krankenversorgung führen.

9 Zur effektiven Ausgestaltung dieser Rückführung und zur Verbesserung der Krankenversorgung soll
10 die Hamburger Gesundheitsbehörde wieder eine eigenständige Behörde mit einer/einem eigenständigen
11 Senator*in werden.

Begründung:

In den 1980iger Jahren wurde damit begonnen, staatliche Krankenhäuser an private Investoren zu verkaufen mit dem Argument den Investitionsstau zu beheben und die Verwaltung der Kliniken effizienter zu gestalten. Vor allem in ärmeren Gemeinden wurden die Krankenhäuser an private Betreiber verkauft. Die Firmen waren weniger an Patienten als Gewinnen interessiert. Um die Dividendenziele von über 10% zu erreichen, wurden Mitarbeiter entlassen, Krankenhäuser geschlossen, gewerkschaftliche Mitbestimmung reduziert und unrentable aber notwendige Fachabteilungen geschlossen.

Auf der Strecke blieben die Patient*innen deren Gesundheitsversorgung vor Ort nicht mehr gewährleistet werden kann. Der Personalabbau führt zu einer verschlechterten Patient*innenversorgung und führt zu Frust und Unzufriedenheit bei den Beschäftigten. Tariflöhne werden durch Beschäftigungsgesellschaften unterlaufen. Wirtschaftlichkeit geht vor Empathie und individualisierte Medizin bedeutet nicht, dass man aus jedem Individuum den maximalen Profit herausholt. Mittlerweile gibt es weniger Krankenhäuser in staatlicher Hand als in der Hand von privaten Betreibern und auch die Gesamtzahl der Krankenhäuser hat in den letzten dreißig Jahren deutlich abgenommen. Die Coronavirus-Pandemie verdeutlicht, dass Krankenhäuser ein sehr relevanter Teil der Infrastruktur sind.

Diese notwendige und empfindliche Infrastruktur darf nicht durch Konzerninteressen kompromittiert werden. Der Umsatz des Klinikbetreibers Fresenius lag bei 9 Milliarden Euro mit einem Gewinn von 650 Millionen Euro. Im Jahr 2005 übernahm gegen den Willen der Hamburger Bevölkerung Asklepios die sieben allgemeinen Krankenhäuser in Hamburg und veränderte die Strukturen in der oben beschriebenen Weise, um Gewinne mit deren Betrieb zu erwirtschaften. Der Bezirk Hamburg-Nord ist besonders hart von der Privatisierung betroffen, da zwei Maximalversorger das AK Barmbek und das AK Nord nun zum Asklepios-Konzern gehören. Das noch staatliche Universitätsklinikum Eppendorf steht dadurch nun ebenfalls in Konkurrenz zu den privaten Betreibern und ist gezwungen, Gewinne mit denselben Methoden wie ein privater Betreiber zu erwirtschaften. Auf diese Weise verschlechtert sich die Patient*innenversorgung überall und Mitarbeiter*innen werden eher selber krank, als dass sie andere heilen können.

Die Rückführung der privatisierten Kliniken Hamburgs ermöglicht eine wohnortnahe patient*innenorientierte statt gewinnorientierter Krankenversorgung. Um das Ziel einer Rückführung der Krankenhäuser in den Besitz der Stadt Hamburg zu erreichen, benötigt es Druck und Bewegung aus der

Bevölkerung. Die Hamburger Bevölkerung hat gezeigt, dass sie Dinge anders sieht als der regierende Senat. In einer Volksentscheidung wurde der Rückkauf der Versorgungsnetze erzwungen und die Ausrichtung der Olympischen Spiele verhindert. Das Bürgerbegehren gegen die Schuldenbremse geht in diesem Jahr in die zweite Runde. Die Partei DIE LINKE war ein wichtiger Bestandteil dieser Bewegungen. Auch das Bürgerbegehren für mehr Personal in Krankenhäusern sammelte genug Unterschriften, wurde jedoch vom Senat mit juristischen Mitteln ausgebremst. Dies zeigt unserer Meinung nach zwei Dinge: Es gibt Bewegungen und ein großes Interesse an progressiver Sozialpolitik in Hamburg und Bewegungen von der Straße können die Politik des Senates maßgeblich beeinflussen und Entscheidungen erzwingen. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes ermöglichen Enteignungen zum Wohl der Allgemeinbevölkerung. Was bei Feldern zum Bau von Autobahnen gilt, muss auch für Krankenhäuser gelten. Aufgrund der hohen Gewinne werden die Betreiber sich verbissen gegen eine Resozialisierung wehren. Dennoch wiegen die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerung viel schwerer als die Kapitalinteressen von Konzernen, so dass wir alle zusammen für ein gutes staatliches Gesundheitssystem kämpfen müssen. Deswegen fordern wir die sofortige Resozialisierung aller privatisierten Krankenhäuser in Hamburg zum Wohle der Hamburger Bevölkerung und als Signal für die ganze Bundesrepublik.

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE beteiligt sich an der europaweiten Aktion „Unblock
- 2 Cuba! Aufruf zur Solidarität gegen die mörderische Blockadepolitik der USA“, die ab 17. Oktober bis
- 3 zum Mai 2021 stattfinden wird. Dann wird in der 75. Vollversammlung der UNO erneut ein Votum ge-
- 4 gen die Blockade Kubas durch die USA von den Vertretern aller Länder bis auf zwei, drei Ausnahmen
- 5 erfolgen. Damit das nicht weiter totgeschwiegen werden kann und dem Votum der Bundesrepublik
- 6 Deutschland auch Taten folgen, sollen im Vorfeld der UN-Abstimmung große Solidaritätsaktionen für
- 7 Kuba stattfinden. Der Landesverband Hamburg beteiligt sich an der Aktion und überweist für Öffent-
- 8 lichkeitsarbeit (Großplakate, Radiospots, Werbung in Zeitungen und Social-Media-Kanäle, Veranstal-
- 9 tungen und Kundgebungen) einen Beitrag in Höhe von 50 Euro und eine Spende in Höhe von 500 Euro
- 10 an das Netzwerk Cuba e.V.

Begründung:

Die von den USA verhängten Sanktionen verletzen das Völkerrecht und sind ein Verbrechen gegen die Menschheit. Sie sind ein Instrument des „Regime Change“ und sollen den Sturz der Regierung durch eine von Hunger verzweifelte Bevölkerung bewirken. Das wird in Kuba seit nahezu 60 Jahren versucht, es ist die am längsten andauernde Blockade der Welt. Seit der Präsidentschaft von Donald Trump sind die Maßnahmen ununterbrochen verschärft worden und die Blockade nimmt immer dramatischere Folgen für die Bevölkerung an. Auch deutsche und europäische Firmen werden mittels der Androhung wirtschaftlicher Strangulation von der US-Administration zur Teilnahme an der Blockade genötigt. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie hat das verheerende Auswirkungen. Trotzdem schickt Kuba angesichts der größten Gesundheitsgefahr, der die Welt im 21. Jahrhundert ausgesetzt ist, der Corona-Pandemie, Sanitätsbrigaden des „Henry-Reeve-Kontingents“ in andere Länder und zeigt Hilfsbereitschaft und Solidarität. Jetzt ist die Gelegenheit, Solidarität mit Kuba gegen Sanktionen und Wirtschaftskrieg zu zeigen.

<https://www.unblock-cuba.org>

EU und Währungsunion in der Krise: Ein Programm zur Rettung der Europäischen Idee

Auf Antrag der LAG Wirtschaftspolitik und der LAG Europa möge der Landesparteitag beraten und beschließen

- 1 ▪ das durch die LAG Wirtschaftspolitik erarbeitete Programm zu unterstützen
- 2 ▪ und den Landesverband aufzufordern einen entsprechenden Antrag an den 7. Bundesparteitag
- 3 zu stellen

Zur Begründung:

Unser wirtschafts- und finanzpolitisches Verhältnis zu Europa bewegt sich jenseits von Scheindebatten darüber ob wir „für“ oder „gegen“ die EU seien. Es geht nicht um die Rettung der EU in ihrem desaströsen Zustand, sondern die Verteidigung der linken europäischen Idee einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union. Bereits vor der Corona-Pandemie befand sich die EU seit der Jahrtausendwende in einer Dauerkrise. Die Politik nationaler Standortkonkurrenz, Privatisierungs- und Kürzungspolitik und nicht zuletzt die mangelnde demokratische Legitimität der europäischen Exekutive haben in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung Skepsis hinterlassen.

Wir wollen Jugendliche, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner stärken und weder Faschisten noch neoliberalen Hurra-Europäern den Diskurs überlassen. Die bloße Verwaltung der Krise hat nationalistische Parteien gestärkt, Lobbyismus verschärft, Ost gegen West, Süd gegen Nord ausgespielt. Der politische Kampf darf aber nicht zwischen Ländern, sondern muss gemeinsam mit Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Gruppen und progressiven politischen Kräften gegen Konzernmacht, Korruption und Intransparenz geführt werden. Die politischen Einschnitte der letzten Monate haben verdeutlicht, dass massive Veränderungen keinesfalls utopisch sind. Ein linkes Programm zur Rettung der Europäischen Idee unterzieht deshalb EU als auch Gemeinschaftswährung dringlichen strukturellen Veränderungen:

1. **Euro Rettungsschirm:** Die politisch abgesicherte Anschlussfinanzierung muss ausgebaut werden und zugleich Auflagen derart verändert werden, sodass Einhaltung von Mindestlohn, Arbeitsschutz, und Verbot von Steuersatzdumping kontrolliert werden.
2. **Eurobonds zur finanziellen Stabilisierung:** Eurobonds oder auch EU-Anleihen, also Staatsanleihen mit Bonitätsvorzügen für Mitgliedsländer, werden ausgegeben und gesamtschuldnerische Haftung eingeführt. Der Zugang wird an politische Bedingungen wie Mindeststeuersätze und sozialpolitische Absicherung gebunden. Die direkte Staatsverschuldung über die Europäische Zentralbank (EZB) muss ermöglicht werden, Teile nationalen Haushaltsrechts auf die europäische Ebene verlagert werden und zusätzlich das Europäische Parlament (EP) Entscheidungsbefugnisse erhalten.
3. **Schuldenschnitt durch Gläubigerbeteiligung:** Eine Schuldenverzichtsklausel im Kaufvertrag von Staatsanleihen regelt in Krisen eine Beteiligung von Gläubigern, ohne dass Steuergelder herangezogen werden.
4. **EZB-Anleihekäufe** fortsetzen und **Europäischen Währungsfonds** gründen (EWF): Die EZB sollte weiterhin für Zinsniveau und Liquiditätsausstattung des Bankensystems sorgen. Daneben soll der

EWf Rettungsschirme, Euro-Bonds-Management und etwaige Gläubigerschnitte übernehmen.

5. **Qualitatives Wirtschaftswachstum** statt Schrumpfpolitik: Die Abkehr von der Austeritätspolitik muss zu einer koordinierten expansiven Finanzpolitik führen. Investitionen von 2% des EU-BIP werden für den sozial-ökologischen Umbau, z.B. Verbesserung der öffentlichen Daseinsfürsorge, sozialer Wohnungsbau, Bildung, Energieeffizienz und -erzeugung, industrielle Modernisierung, Verkehrs- und IT Infrastruktur eingesetzt. Das soll letztlich auch dem Ausgleich des europäischen Entwicklungsgefälles dienen.
6. **Europäische Einnahmen** und Harmonisierung der **europäischen Unternehmensbesteuerung**: Es sind verbindliche Mindestbesteuerungssätze für Unternehmen durchzusetzen. Dazu kommen eine europaweite Finanztransaktionssteuer, Besteuerung digitaler Umsätze, einheitliche Vermögens- und Körperschaftssteuer und dem Ausbau der europäischen Steuerfahndung. Die nationalen Zuweisungen zum EU-Haushalt sind auf 2% des nationalen BIP zu erhöhen und die Schaffung eines europäischen Finanzministeriums zu diskutieren.

Dieser Antrag basiert auf einem Entwurfspapier, welches den Diskussionsstand der LAG Wirtschaftspolitik der LINKEN in Hamburg wiedergibt. Dort erläutern wir, weshalb EU und Eurozone nur eine nachhaltige Überlebenschance haben, wenn strikte Regeln zur Schrumpfung der Finanzmärkte, die Rückkehr des Bankensystems auf seine Kernfunktionen und die Demokratisierung des Privatsektors forciert werden. Daneben streben wir eine verbindliche Verfolgung sozialpolitischer Ziele zur Korrektur sozialer Ungleichgewichte in der Union an. Die im Papier gemachten Ausführungen sind notwendig, um die Forderungen dieses Antrags in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen und sind deshalb als Anhang beigefügt.

**EU und Währungsunion in der Krise:
Ein Programm zur Rettung der Europäischen Idee**

Vorbemerkung: Das vorliegende Papier gibt den Diskussionsstand der LAG Wirtschaftspolitik der LINKEN in Hamburg wieder. Damit schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, die aus der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union (EU) sowie der Europäischen Währungsunion (EWU) führen. Wir halten diese Maßnahmen heute für dringend notwendig, aber wir wollen darüber hinaus noch aufzeigen, welche politischen Schritte der Überwindung der gegenwärtigen kapitalistischen Strukturen nach diesen in Teilen noch systemimmanenten Reformen unternommen werden müssen. Zu hoffen wäre, dass ein solch fortschrittlicher Entwicklungsweg der EU, die einen bedeutsamen Teil des weltweiten kapitalistischen Systems verkörpert, verdeutlicht, dass Chancen von Veränderungen und Überwindungen keinesfalls utopisch, sondern möglich sind und damit erkämpft werden können.

Die Wirtschafts- und Währungsunion befindet sich - unabhängig von den gegenwärtigen zusätzlichen und erheblichen Belastungen durch die Corona-Pandemie - in der größten Krise seit 1999. Vor allem drei Ursachen haben dies verantwortet:

- Nicht Kooperation, sondern Konkurrenz ist der Kern der Europäischen Union. Die Mitglieds-länder verkörpern jeweils unterschiedliche Wirtschafts- und Wettbewerbsstärken, die folglich zu Lohnkonkurrenz, Sozial- und Steuerdumping führen - mit sozial schädlichen Folgen für große Teile der Bevölkerungen.
- Die bisherige Austeritätspolitik der Nationalstaaten verhindert die Schaffung einer zukunftsträchtigen Infrastrukturpolitik in Europa; die Privatisierung reduzierte große Teile der öffentlichen Daseinsfürsorge und die aggressive Außenpolitik schafft oder verschärft internationale Konflikte.
- Die politischen und ökonomischen Prozesse in der EU und der Währungsunion hängen unverändert von den konfligierenden Interessen der Nationalstaaten ab. Entscheidungen werden durch nicht gewählte Vertreter der Exekutive - verschiedene „Räte“ - getroffen; demokratische Legitimität durch ein mit umfassenden Rechten ausgestattetes Europäisches Parlament existiert nur in Ansätzen.

Die folgenden Punkte eines Programms zur Wirtschafts- und Währungsunion stellen eine besonnene Weiterentwicklung der EU dar - eine Chance zur Überwindung der europäischen Krise. Es handelt sich um Forderungen, die nur in ihrer Gesamtheit als unser Entwurf zu verstehen und zu diskutieren sind. Wir unterstützen damit auch Positionen der AG Alternative Wirtschaftspolitik in ihren Memoranden (2016/2017).

1. Weiterer Ausbau des Euro-Rettungsschirms

Rettungsschirme haben (bisher) nur eine einzige Aufgabe. Sie übernehmen in Ländern, die nur mit hohen Zinsen den Zugang zu den Kapitalmärkten haben, die Anschlussfinanzierung der zu bedienenden Staatsanleihen. Vorteil dieser politisch abgesicherten Anschlussfinanzierung ist, dass den Spekulanten das Handwerk gelegt wird. Solange also der private Kapitalmarkt zur Finanzierung von Staatsanleihen notwendig ist, müssen die Rettungsschirme ausgebaut werden. Freilich ist bei deren Kreditvergabe die neoliberale Ausrichtung der sog. Auflagen („Moratorien“) abzuschaffen; dafür könnten Überprüfungen der Einhaltung von Mindestlöhnen, der Arbeitsschutzgesetze oder Verbote von Steuersatzdumping u.ä. eingeführt werden. Das Volumen des Rettungsschirmes muss dafür ausgeweitet werden, seine niedrigen Zinsen der Kapitalbeschaffung sind bei der Kreditvergabe weiterzugeben. Der damit verbundene Anstieg der Staatsverschuldung kann hingenommen werden, da ohnehin keine Obergrenzen wissenschaftlich begründet werden können. Vielmehr ist zu erwarten, dass allein die entsprechend angekündigte Bereitschaft des Rettungsschirmes European Stability Mechanism (ESM) zur notwendigen Disziplinierung des Kapitalmarktes führt. Schließlich ist auch das Outright Monetary Transactions Programm (OMT) von September 2012, also die unbegrenzte Ankaufmöglichkeit von kurzfristigen Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB), bis heute (!) nicht einmal eingesetzt worden, weil allein mit dessen Ankündigung („what ever it takes“) die gewünschte Zinsstabilisierung erreicht wurde.

2. Eurobonds zur finanziellen Stabilisierung

Eurobonds oder auch EU-Anleihen sind Staatsanleihen, die aus EU-Hand vergeben werden. Sie sorgen für eine Nivellierung der Zinssätze, können aufgrund ihres Volumens nicht spekulativ genutzt werden und bieten eine stabile Geldanlage für Finanzmarktfonds, Kapitalsammelstellen, Zentralbanken und sonstige Liquidität außerhalb des Dollar-Raumes. Gläubiger mit höchster Bonität sind die Mitgliedsländer der EU; die Gläubigerstruktur richtet sich nach dem anteiligen Eigenkapital an der EZB. Emission, Verwaltung und Mittelvergabe der Eurobonds könnten vom EMS, einem zu gründenden Europäischen Währungsfonds oder einer noch zu bestimmenden Institution erfolgen. Die EU-Staaten haften gesamtschuldnerisch. Mit dem Angebot von Eurobonds werden Gefahren für das internationale Finanzwesen beschränkt, die unkontrollierten spekulativen Geldkapitalbewegungen auf internationaler Suche nach Rendite resultieren.

Um einen Missbrauch zu verhindern, ist der Zugang zu EURO-Anleihen an Bedingungen zu knüpfen, die nicht repressiv sein dürfen. So könnte die Kreditvergabe beispielsweise an eine Steuersenkungsbremse, an Mindestsätze der Unternehmensbesteuerung oder Zusicherung verschiedener sozialpolitischer Absicherungen gebunden werden.

Ergänzend ist das Verbot der direkten Staatsverschuldung über die Europäische Zentralbank (EZB) zugunsten eines je nach Wirtschaftslage zu nutzenden Korridors aufzuheben, sodass die EZB Anleihen der EUROstaaten oder gemeinschaftlicher Institutionen aufkaufen oder in begrenztem Maße direkte Kredite an Staaten vergeben kann. Zur Kontrolle der Ausgabentätigkeit der EU bzw. der europäischen Regierungen sind Teile des jeweils nationalen Haushaltsrechts auf die europäische Ebene zu verlagern. Die demokratische Schwäche der EU ist bekanntlich durch ein fehlendes echtes Parlament begründet. Wir fordern für das Europäische Parlament das Recht auf Einbringung von Gesetzesentwürfen und demokratische Entscheidungsbefugnisse in Politikbereichen, wie z.B. der Steuer- und Außenpolitik.

3. Schuldenschnitt durch Gläubigerbeteiligung

Grundsätzlich bedeuten Kredite bzw. Schulden, dass Anschlussfinanzierungen zur Tilgung der anstehenden Staatsanleihen sowie die damit verbundenen Zinsrückzahlungen erneut sichergestellt werden müssen. Zur möglichen Verbesserung der Finanz- und Haushaltslage kann unter bestimmten Bedingungen ein „haircut“ oder Schuldenschnitt sinnvoll oder notwendig werden. Dafür müssen die Gläubiger - vor allem Banken, Investoren und Staaten - auf Geld verzichten bzw. stunden, was sie besonders trifft, wenn keine Vorsorge getroffen wurde. Daher wäre zu überlegen, ob eine Schuldenverzichtsklausel in den Kaufvertrag von Staatsanleihen aufgenommen werden sollte („collective action clause“), um in einer Krise eine geregelte Beteiligung von Gläubigern zu ermöglichen, ohne dass Steuergelder herangezogen werden müssen.

4. EZB-Anleihekäufe fortsetzen und Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF)

Wir unterstützen weiterhin die EZB-Anleihekäufe. Die EZB sollte weiterhin als Ziel ihrer Geldpolitik das Zinsniveau und die Liquiditätsausstattung des Bankensystems besorgen. Zusätzlich ist in die Satzung der EZB als wichtiges

Ziel die „Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes“ aufzunehmen. Freilich muss das System der Europäischen Zentralbanken seine Entscheidungen offenlegen; dafür ist die Mitwirkung/Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen wie Gewerkschaften (z.B. Europäischer Gewerkschaftsbund) an deren Zustandekommen sicherzustellen.

Der noch zu gründende EWF hätte die Aufgabe, die Rettungsschirme, das Euro-Bonds-Management und die etwaigen Gläubigerschnitte zu übernehmen. Seine Aufgabe wäre auch, auf eine konvergente Entwicklung in der EU zu achten und bei Zielabweichungen - insbesondere bei Deutschland mit seinen regelmäßigen überdurchschnittlichen Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz - Korrekturen anzumahnen. Als Alternative zu den bisherigen privaten US-Ratingagenturen ist eine öffentlich-rechtliche Europäische Ratingagentur beim EWF zu gründen, deren Gesellschafter von den Mitgliedsstaaten bestellt werden. Der EWF würde ebenso die Konvergenzprogramme ausgewählter Länder Süd- oder Osteuropas organisieren. Zur Finanzierung seiner Programme wäre eine Banklizenz notwendig.

5. Qualitatives Wirtschaftswachstum statt Schrumpfpolitik

Die notwendige Abkehr von der Austeritätspolitik muss zu einer koordinierten expansiven Finanzpolitik führen, die dadurch die expansive Geldpolitik der EZB ergänzt. Für umfassende Investitionsprogramme gibt es längst vielfältige Vorschläge, die sich an den tatsächlichen Investitionsbedarfen orientieren und auch der Lösung industrieller und regionaler Strukturprobleme dienen. Anknüpfungspunkte dafür gibt es in den Memoranden der AG Alternative Wirtschaftspolitik (insbes. 2017), beim Deutschen Gewerkschaftsbund mit seinem „Marshallplan für Europa“ und beim Europäischen Gewerkschaftsbund („Ein neuer Weg für Europa“). Letztere wollen über einen Zeitraum von 10 Jahren Investitionen in Höhe von jährlich 2 Prozent des EU-BIP anstoßen (260 Mrd. Euro jährlich). Das Programm müsste Ansätze dafür liefern, die europäische Wirtschaft zukunftsfester zu machen (Strukturpolitik) und zugleich Motor für den überfälligen sozial-ökologischen Umbau sein. Investitionsfelder wären Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrielle Modernisierung, der Ausbau und Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internet Verbindungen, Bildung und Forschung, sozialer Wohnungsbau sowie weitere öffentliche und soziale Dienstleistungen. Durch die gezielte Förderung von Projekten in den peripheren Südstaaten sowie in Mittel- und Osteuropa könnte auch das Entwicklungsgefälle in der EU reduziert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Forderungen auch im Rahmen der europaweiten wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Krisenbekämpfung durchgesetzt werden.

6. Mehr öffentliche Einnahmen und Harmonisierung der europäischen Unternehmensbesteuerung

Es sind verbindliche Mindestbesteuerungssätze für Unternehmenssteuern durchzusetzen. in eine europäische Dazu kommen mit einer europaweiten Transaktionssteuer auf Devisen- und Börsenumsätze, einheitlicher Besteuerung digitaler Umsätze, einer einheitlichen Vermögens- und Körperschaftssteuer und dem Ausbau der internationalen Zusammenarbeit der Steuerfahndung notwendige Maßnahmen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Steuergebietes. Angleichungen der Steuersätze in der Einkommensteuer und eine Vereinheitlichung der Erbschaftsteuer sind anzustreben. Mit einem progressiven Steuersatzsystem sollte das Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung in der EU wieder durchgesetzt werden. In allen Fragen zur Vereinheitlichung des europäischen Steuersystems sind generelle Haltelinien einzuführen, die den Wettbewerb um „Steuerdumping“ verhindern und für gleiche ökonomische Aktivitäten und Transaktionen vergleichbare steuerliche Behandlungen vorsehen und damit unternehmerische Steuervermeidungsstrategien verhindern. Sofern und solange föderale Steuersysteme bzw. unterschiedliche Steuerstärken in Europa existieren, sind sie -vielleicht nach dem System des deutschen föderalen Finanzausgleichs „Ausgleichsunion“ einzubeziehen, um längerfristig Entwicklungs- und Kaufkraftunterschiede zu glätten.

Die nationalen Zuweisungen zum EU-Haushalt sind langfristig auf „2-Prozent von nationalen BIP“ zu erhöhen, um - ähnlich dem sog. Kohäsionsfonds - europäische Großprojekte insbesondere auch in den europäischen Südländern initiieren zu können. Zu diskutieren wäre, ob die Schaffung eines europäischen Finanzministers (Macron) ein geeigneter Vorschlag ist, den gegenwärtigen Widerspruch einerseits zwischen gemeinschaftlicher Geldpolitik und je nationaler fiskalpolitischer Zuständigkeit, andererseits zwischen eher konservativem (z.B. Niederlande) und expansivem (z.B. Frankreich) fiskalpolitischem Verständnis aufzuheben.

7. Auf dem Weg zu einer alternativen und solidarischen Wirtschaft

Mit unseren Vorschlägen streben wir also eine verbindliche Verfolgung sozialpolitischer Ziele zur Korrektur sozialer Ungleichgewichte in der Union an. Wichtige Ansatzpunkte sind eine gemeinsame europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, eine gemeinsame Lohn- und Einkommenspolitik und eine Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme. Schutz- und Arbeitnehmerrechte sind in einer sozialen Fortschrittsklausel als zusätzliches Protokoll zu den Europäischen Verträgen festzuhalten. Klar ist auch, dass die EU und die Eurozone vor allem

dann eine nachhaltige Überlebenschance haben, wenn gerade der zentrale Markt des Finanzkapitalismus - der Finanzmarkt - gebändigt wird. Dazu gehören gleichermaßen strikte Regeln zur Schrumpfung der Finanzmärkte, Konzentration des Bankensystems auf seine Kernfunktionen der Verwaltung von Einlagen und Kreditvergabe und die Schaffung einer europäischen einheitlichen Finanzaufsichts-behörde.

So sinnvoll und notwendig solche sozial orientierten Reformen auch sind, werden langfristig grundsätzliche Korrekturen des kapitalistischen Systems in Deutschland, Europa und global erforderlich, um es letztlich zu überwinden. Zu sehr ist die private Wirtschaft durch fortwährende Konzentration immer mächtiger geworden, zerstören marktbeherrschende, auf internationalen Märkten agierende Unternehmen nicht nur das marktwirtschaftliche Gefüge, sondern unterminieren auch das Primat der Politik.

Es wird Zeit, der heute bestehenden Trennung zwischen einem repräsentativen, demokratisch konstituierten politischem Überbau und einer autokratisch, paternalistisch geführten Wirtschaft als Unterbau eine Demokratisierung der Wirtschaft entgegen zu stellen. Dies impliziert die Ausdehnung des demokratisch-politischen Systems auf die ökonomische Sphäre, durch die anstelle bisher autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind. Solche Wirtschaftsdemokratie strebt eine primär gemeinwohl- statt profitorientierte Wirtschaft an, die vier Orientierungen hat:

- eine intervenierende Wirtschaftspolitik in die Märkte, um wünschenswerte Verbesserungen, ökologische Ansprüche und verteilungsgerechte Marktergebnisse für die Arbeitenden zu erreichen;
- Marktbeherrschende Unternehmen sind unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen;
- Wirtschaftsdemokratie beinhaltet einen doppelten Anspruch einer Partizipation der abhängig Beschäftigten, nämlich als Teilhabe des von den Lohnabhängigen geschaffenen Überschussproduktes und um eine Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in Betrieb und Unternehmen;
- Zurückdrängung, gar Abschaffung entwürdigender ökonomischer Abhängigkeiten, die wir in Leiharbeit, im Niedriglohnsektor, in regelmäßigen Befristungen und in stetigen Verdichtungen der Arbeitsprozesse sehen.

Solch eine Synthese aus Plan, Regulation und Markt soll dem Kapital die alleinige Herrschaft über die Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozesse durchbrechen. Dafür muss Wirtschaftsdemokratie auf drei Ebenen ansetzen:

Erstens muss auf der Makroebene staatliche Fiskal- und die Geldpolitik der EZB in der EU auf eine an Vollbeschäftigung orientierte und auf die Umwelt und sozialpolitischen Belange Rücksicht nehmende konjunkturglättende Wachstumspolitik ausgerichtet werden.

Zweitens müssen die neoliberal entfesselten Märkte durch den Staat in einen kontrollierten Wettbewerb und in regulierte Märkte umgewandelt werden und Entscheidungen über die Hauptrichtungen der ökonomischen Entwicklung (Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Ausbildungs- und Gesundheitssysteme) auf der Grundlage demokratischer Diskussions- und Willensbildungsprozesse getroffen werden, die sich nicht nach ökonomischen, sondern nach gesellschaftlichen Prämissen richten. Hier ist auch die Mitwirkung der Europäischen Gewerkschaften (EGB) notwendig. Und als wirtschaftsdemokratisches Element sind neben öffentlichen auch genossenschaftliche Unternehmen zu fördern.

Drittens sind auf einzelwirtschaftlicher Ebene demokratische Strukturen in Form gleichberechtigter Mitsprachemöglichkeiten „des Faktors Arbeit“ notwendig. Dies verlangt zumindest die gesellschaftsrechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital. Bis heute wurde als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie auf einzelwirtschaftlicher Basis keine demokratische Verfügung über das Mehrprodukt der Arbeit (Profit) umgesetzt. Diese gehört aber als materielle Partizipation, als zwingend notwendige Teilhabe an den erwirtschafteten Ergebnissen dazu. Auch dafür setzen wir uns ein.

Antragsentwurf an den Erfurter Parteitag

1 **Frieden mit Russland ist Deutschlands Pflicht!**

2 Am 22. Juni 1941 überfielen 121 Divisionen des faschistischen Deutschland – rund drei Millionen
3 Wehrmattsangehörige gemeinsam mit weiteren 600.000 Soldaten aus Italien, Ungarn, Finnland, Ru-
4 mänien und der Slowakei – auf einer 2.130 km breiten Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer
5 die Sowjetunion. Im Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehl hieß es: »Für Handlungen, die Angehörige der
6 Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang,
7 auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.« Die grauen-
8 haften Verbrechen dauerten vier Jahre und 27 Millionen Sowjetbürger erlebten den Sieg über die Bar-
9 barei nicht. Auch die materiellen Verluste des Landes waren unermesslich. Bei ihrem Rückzug hinter-
10 ließen die Faschisten 2.000 km verbrannte Erde. Deutschland steht auf ewig in der Schuld der Völker,
11 die seinerzeit zur Sowjetunion gehörten, nicht zuletzt in der Schuld der russischen Menschen.

12 Doch hierzulande regiert Geschichtsvergessenheit. Das erhöht die politische und moralische Verant-
13 wortung der Partei DIE LINKE, gegen das Vergessen und Verfälschen aufzustehen.

14 DIE LINKE muss gerade im Kontext mit dem 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion das un-
15 missverständliche Signal aussenden, dass sie jegliche Gleichsetzung der UdSSR mit dem faschisti-
16 schen Deutschland auf das Entschiedenste zurückweist und es als vollkommen ahistorisch bewertet,
17 wenn in der Erklärung des Europaparlaments vom 19.09.2019 »Bedeutung der Erinnerung an die euro-
18 päische Vergangenheit für die Zukunft Europas« behauptet wird, der Zweite Weltkrieg sei die unmittel-
19 bare Folge des sogenannten »Hitler-Stalin-Pakts« vom 23. August 1939 gewesen.

20 DIE LINKE wendet sich gegen jegliche Bestrebungen, Russland weiter einzukreisen und daher zu be-
21 drohen. Diese Bedrohung betrifft auch Belarus. Die NATO hat sich bis an die Grenzen Russlands aus-
22 gedehnt, trotz der 1990 gegebenen Zusage, diese nicht nach Osten zu erweitern. Rüstungsausgaben
23 und Kriegsführungspläne werden auch hierzulande vorangetrieben, bis zur Verstetigung der »nuklea-
24 ren Teilhabe« durch die geplante Beschaffung neuer US-Kampffjets. Die NATO im Schlepptau der USA
25 nutzen – wie Defender 2020 es in Planung, und durch Corona in nur begrenzter Durchführung, über-
26 deutlich werden ließ – Deutschland als Aufmarschgebiet gegen Russland. Die erpresserische Sankti-
27 onspolitik gegenüber Russland ist auf dessen Destabilisierung ausgerichtet.

28 DIE LINKE wendet sich kompromisslos gegen diese Politik und hält an ihren diesbezüglichen program-
29 matischen Grundsätzen unter allen Bedingungen fest; wie im Parteiprogramm fixiert:

30 »Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
31 Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.«

32 In Vorbereitung des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021 setzen wir
33 uns mit aller Kraft für eine Politik ein, die den Frieden mit Russland und vernünftige Beziehungen zur
34 Russischen Föderation zur Staatsräson der BRD werden lässt.

35 DIE LINKE tritt dafür ein, dass der 22. Juni 2021 hierzulande würdig begangen wird. In diesem Kontext
36 führen der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der LINKEN eine Gedenkveranstaltung durch.

Antragsteller*innen:

Hauptdelegierte: *Nilüfer Aydin* (BV HH-Mitte), *Alexander Benthin* (BV HH-Mitte), *Gunhild Berdal* (BV HH-Mitte), *Hilde Blum* (BV HH-Nord), *Artur Brückmann* (Linksjugend [‘solid]), *Irfan Cüre* (BV HH-Altona), *Martin Dolzer* (BV HH-Mitte), *Kerstin Fremder-Sauerbeck* (BV HH-Mitte), *Elias Gläsner* (Linksjugend [‘solid]), *Kristian Glaser* (BV HH-Mitte), *Andreas Grünwald* (BV HH-Mitte), *Jörg Günther* (BV HH-Mitte), *Franziska Hildebrandt* (BV HH-Mitte), *Ruben Hittmeyer* (Linksjugend [‘solid]), *Sinah Mielich* (Linksjugend [‘solid]), *Jürgen Olschok* (BV HH-Mitte), *Marie Panten* (Linksjugend [‘solid]), *Ralf Peters* (BV HH-Eimsbüttel), *Jacob Petersein* (Linksjugend [‘solid]), *Friederike Schaak* (BV HH-Nord), *Nuran Sarica* (BV HH-Altona), *Maureen Schwalke* (BV HH-Mitte), *Dilan Sezer* (Linksjugend [‘solid]), *Roland Wiegmann* (BV HH-Eimsbüttel), *Ronald Wilken* (BV HH-Mitte), *Johanna Zimmermann* (Linksjugend [‘solid])

Weitere Antragsteller: *Holger Griebner* (BV HH-Eimsbüttel), *Florian Muhl* (BV HH-Harburg)

Quo Vadis, DIE LINKE? - Strategiediskussion im Landesverband

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, auf Basis der beigefügten Erklärung (vgl. www.quo-vadis-die-linke.de) im Landesverband Gelegenheiten zur Diskussion der strategischen Fragen der Parteilentwicklung zu schaffen und Genoss*innen und Strukturen, die dies unternehmen, zu unterstützen.

Quo Vadis, DIE LINKE?

Wie links muss die LINKE sein, um wirksam zu kämpfen?

Erklärung von Hamburger Genossinnen und Genossen im Vorfeld unseres Landes- und unseres Bundesparteitages

1.

Wir erleben gegenwärtig, wie das kapitalistische System an seine inneren Grenzen stößt. Dieses System ist nicht dazu in der Lage, für die Mehrheit der Menschen auch nur grundlegende Lebensbedingungen zu gewährleisten. Soziale Absicherung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung, sind auch für viele Menschen in den entwickelten Industrieländern nicht mehr garantiert. Aber auch die Grundlagen des Lebens – Umwelt und Klima – werden zerstört. Das kapitalistische System ist nicht nur selbst in der Krise, es führt zu einer elementaren Bedrohung für das Überleben von Millionen von Menschen.

2.

Dazu gehört die schwere Wirtschaftskrise, die lange vor Corona ihren Ausgangspunkt nahm. Erneut werden zahlreiche Menschen in Existenznöte und in die Erwerbslosigkeit gedrängt. Die Corona-Pandemie verschärft diese Wirtschaftskrise, ist aber nicht ihre Ursache. Die von den Bundes- und Landesregierungen veranlassten Konjunktur- und Infrastrukturprogramme sind zwar riesig, aber vollkommen einseitig auf eine Subventionierung und Unterstützung des großen Kapitals gerichtet. Dazu kommt eine strukturelle Krise der Kapitalverwertung, auf die die Herrschenden seit vielen Jahren mit neoliberaler Politik reagieren. Die enorme Konzentration des Reichtums in den Händen weniger führt zu einem Verlust von profitablen Verwertungsmöglichkeiten. Deshalb privatisieren sie öffentliches Eigentum, um auch dieses der Logik des Profits zu unterwerfen.

3.

Mit dem von der NATO ausgegebenen Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und damit auf 80 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern, unterstützt die deutsche Regierung die Vormachtstellung und die Absicherung der Märkte und Ressourcen für das Kapital. In der Friedensfrage darf es für uns kein Wanken geben! Nicht nur, dass diese gigantischen Rüstungsausgaben uns allen schaden, die Signale stehen zugleich auf Sturm! Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts oder eines großen Krieges ist heute so groß wie lange nicht mehr. Die USA und ihre Verbündeten schüren Konflikte mit Russland und vor allem mit China, die sie als Konkurrenten für ihre eigene Weltherrschaft sehen. Als Linke können wir unter keinen Umständen diesen

Konfrontations- und Kriegskurs direkt oder indirekt befördern. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten. Die LINKE kann keine Manöver an den Grenzen Russlands oder in anderen Konfliktherden sowie keine Waffenlieferungen über den Hamburger Hafen dulden. Die in unserem Parteiprogramm festgehaltene Forderung nach Auflösung der NATO und ihrer Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat, ist heute so aktuell wie 2011.

Als LINKE stehen wir für Frieden. Kompromisslos.

4.

Es reicht nicht mehr aus, innerhalb dieses Systems nur über Veränderungen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nachzudenken, Missstände anzuprangern und zu dieser und zu jener Frage parlamentarische Initiativen zu starten. Linke Politik muss heute umso mehr verdeutlichen, dass der Kapitalismus selbst das Problem ist. Denn dieses profitgetriebene System kann die sozialen und andere grundlegende Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen nicht mehr sichern. Es muss überwunden werden.

5.

Es gibt bereits Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in denen diese Perspektive aufgetan wird. Nicht nur in Berlin, auch in Hamburg taucht die Forderung nach einer Enteignung der großen Immobilienfirmen auf. Die Umweltbewegung fordert „System Change, not Climate Change“. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder fordern dessen Rekommunalisierung. Doch in vielen Auseinandersetzungen spielen die Eigentumsverhältnisse noch eine untergeordnete Rolle. Wir sind Teil großer Bewegungen um Menschenrechte, Demokratiefragen, Rechtsentwicklung, gegen Rassismus. Diese Bewegungen sind wichtig und müssen unsere Unterstützung haben! Doch die Skandalisierung dieser Erscheinungen muss bei uns mit dem Ziel verbunden sein, diese Unmenschlichkeit grundlegend zu überwinden.

6.

Die nicht nur zyklische, sondern auch strukturelle Wirtschaftskrise wird zu großen sozialen Verwerfungen führen, aber auch zu gewaltigen Klassenkämpfen. Von oben haben diese bereits begonnen. Soziale Fragen stehen deshalb – neben unserem Engagement für den Frieden – an erster Stelle unseres politischen Handelns. Aber auch hier kommt es darauf an, dass wir die Entwicklungen nicht nur kommentieren, mediale Statements abgeben oder uns auf parlamentarische Initiativen beschränken. Wir müssen uns vor allem außerparlamentarisch einmischen und selbst stärker zum Akteur sozialer und politischer Klassenkämpfe werden.

Der Offensive des Kapitals müssen wir eine soziale Offensive von unten entgegensetzen. Darin muss der Schwerpunkt aller Aktivitäten liegen. In der Partei. In den Fraktionen. Unsere Organisationsstrukturen und die Verteilung finanzieller Ressourcen müssen entsprechend angepasst werden.

7.

Das ist nicht nur eine Frage einzelner Kampagnen, mit denen wir auf Ungerechtigkeiten in der Rente, in der Pflege, auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder ähnliches hinweisen. Wir müssen darüber hinaus viele Fragen neu beantworten: Wie arbeiten wir in Gewerkschaften? Wie unterstützen wir Kolleg*innen bei ihren betrieblichen Kämpfen? Wie arbeiten wir, damit sich arbeitende Menschen und sozial Deklassierte bei uns besser einbringen können? Wie initiieren wir selbst soziale Proteste? Wie stellen wir die Eigentumsfrage konkret? Wie verbinden wir die Auseinandersetzungen in den Bezirksversammlungen, in der Bürgerschaft, in unseren Stadtteilgruppen mit unseren grundlegenden politischen Zielen? Und wie entwickeln wir die dazu notwendige politische Bildung, die uns überall in der Partei fehlt?

8.

Klar: Eine Partei wie DIE LINKE muss auch unter den gegenwärtigen Bedingungen für konkrete Verbesserungen streiten. Klar ist uns ebenfalls, dass sich der Kapitalismus nicht auf Knopfdruck abschaffen lässt. Für die Rettung lebenswichtiger Ökosysteme und die Vermeidung großer Kriege müssen wir im Hier und Jetzt streiten! Doch reale Fortschritte – auch innerhalb dieser

kapitalistischen Gesellschaft – lassen sich nur erkämpfen, wenn wir diese Kämpfe mit unserer Perspektive einer besseren, einer sozialistischen Welt verbinden. Wie uns dies besser gelingen kann, das muss Gegenstand ernsthafter strategischer Beratungen werden, die wir für die LINKE, aber auch darüber hinaus, anschieben müssen.

9.

Wir müssen unsere Forderungen zuspitzen. Wir akzeptieren keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung. Wir kämpfen für einen sozial-ökologischen Umbau dieser Gesellschaft. Dafür müssen in einem ersten Schritt die Automobilindustrie und die Energiekonzerne unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Wir wollen die Vermögenskonzentration und Einkommensspaltung aufheben. Wir kämpfen für eine Rekommunalisierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge sowie für Sanktionsfreiheit und eine Mindestsicherung, die diesen Namen verdient. Ein Mietendeckel wäre begrüßenswert, aber das reicht uns nicht. Wir fordern Miethöchstgrenzen und eine vollständige Regulierung des Wohnungsmarktes sowie die Überführung von immer mehr Wohnraum in öffentliches Eigentum. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht mehr privatisiert werden. Wir kämpfen für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens, aus dem die Profitorientierung beseitigt wird. Wir kämpfen für massive öffentliche Investitionen im öffentlichen Nahverkehr, in Bildung und Wohnungsbau.

Um diese und andere Schritte durchzusetzen, müssen die Reichen zur Kasse gebeten werden. Aber höhere Vermögenssteuern reichen dafür nicht. Wir müssen vor allem für eine Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse streiten: durch erweiterte Streik- und Tarifrechte, durch eine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, durch höhere Löhne und ein Ankurbeln der Binnenfrage, durch eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient. Wir kämpfen für massive Arbeitszeitverkürzungen und eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Werk- und Leihverträge gehören sofort abgeschafft.

10.

Wir sind Antifaschisten. Aber Antifaschismus ist mehr als nur gegen Nazis zu sein. Antifaschismus bedeutet, dem Erstarken neofaschistischer und rassistischer Kräfte die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die etablierten Parteien, die den Konzernen alles überlassen, haben die Unzufriedenheit und das Misstrauen erhöht, wie auch Abstiegsängste, soziale Ungleichheit und die Verrohung der Gesellschaft dadurch zugenommen haben. Neoliberale Politik bereitet so den Nährboden, auf dem Rassismus und andere Ideologien der Diskriminierung gedeihen können. Für uns gilt: Keinen Fußbreit den Rassisten und Faschisten! Rassismus und Diskriminierung können wir aber nur überwinden, wenn wir ihre gesellschaftlichen Ursachen beseitigen. Wenn wir knebelnde Freihandelsverträge, in denen die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden, bekämpfen. Wenn wir Ausbeutung, auch neokoloniale Ausbeutung, die dazu führt, dass immer mehr Menschen flüchten müssen, wenn wir die soziale Spaltung auch hierzulande überwinden. Wenn wir Kriege und Wirtschaftskriege verhindern. Wir fordern das Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Wir fordern die vollständige Wiederherstellung des Asylrechts. Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Genauso wie wir uns gegen die geschlechtliche Diskriminierung oder gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen wehren. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir diese Kämpfe als soziale Kämpfe, als einen Teil unserer gemeinsamen Kämpfe gegen das Kapital begreifen.

11.

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Die politischen und ökonomischen Eliten wollen es nur nicht wahrhaben. Wir können seinen Abgang beschleunigen! Gegen den Neoliberalismus braucht es eine Phalanx. Es braucht nicht nur eine soziale Idee, ein Parteiprogramm, nicht nur den einen oder anderen Antrag im Parlament, sondern eine soziale Offensive gemeinsam mit allen Menschen guten Willens.

12.

Statt auf rot-rot-grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir gesellschaftliche Bündnisse schließen. Halten wir dazu fest: Alle Experimente in den letzten 30 Jahren in Europa in bürgerliche Regierungen einzutreten sind am Ende restlos gescheitert.

Nirgendwo konnte auf diese Weise neoliberale Politik ausgebremst werden. Doch darum geht's ja auch: Entweder Kämpfe auf der Straße und in den Betrieben organisieren und als Opposition, als Widerstandskraft bemerkt werden oder unglaublich das Programm verlieren und untergehen.

Viele Menschen fordern inzwischen mehr öffentliche Verantwortung, mehr bezahlbaren Wohnraum, das Schleifen der Schuldenbremse, ein Ende der Privatisierungspolitik, von Bundeswehreinätzen im Ausland sowie der Steigerung des Rüstungsetats. Viele Menschen sind gegen die Austrocknung der Sozialsysteme. Sie lehnen es ab, dass Milliarden in die Taschen großer Konzerne gehen, die dann Arbeitsplätze abbauen, während sie ihre Aktionäre mit saftigen Dividenden versorgen.

Für diese Ziele gibt es gesellschaftliche Mehrheiten, auch wenn wir sie in den Parlamenten noch nicht haben. Diese Mehrheiten müssen über soziale Proteste, Volksinitiativen, Demonstrationen und Streiks mobilisiert werden. Allein von der Entfaltung solcher Kämpfe hängt es ab, ob die gesellschaftliche Entwicklung nach rechts oder nach links gehen wird. Um besser einzugreifen, müssen wir uns dafür zu einer lebendigen Mitglieder- und Programmpartei fortentwickeln. Lasst uns dieses Land verändern! Beginnen wir damit in Hamburg. Beginnen wir damit in unserer eigenen Partei!

Hamburg, 17.09.2020

Erstunterzeichnende:

Nilüfer Aydin (BV Mitte), *Alexander Benthin* (BV Mitte), *Gunhild Berdal* (BV Mitte, AG FIP, AG Studierendenpolitik, KPF), *Hildegard Blum* (Mitglied des Sprecherrates der Stadtteilgruppe HH-Langenhorn, Mitglied des Bezirksvorstandes HH-Nord, Delegierte zum Landesparteitag), *Naomi Bruhn* (BV Altona), *Martin Dolzer*, *Kristian Glaser* (BV Mitte), *Holger Griebner*, *Andreas Grünwald* (Stadtteilgruppe Wilhelmsburg), *Klaus Hagen* (BV Altona, Stadtteilgruppe Bahrenfeld), *Bernd Hartz* (Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost), *Franziska Hildebrandt* (BV Mitte, DieLinke.SDS Uni Hamburg), *Nicola Hofediener* (BV Mitte, Bezirksorganisation Billstedt, aktive Sozialbegleiterin bei neoliberaler Behördenwillkür), *Helli Laab*, *Heinz-Dieter Lechte* (BV Altona, Bildungsbeauftragter, Redakteur ALiNa, Teamer Marxismus-Grundlagenkurs), *Ulrik Ludwig* (KPF-CZ), *Florian Muhl* (BV Harburg, Vertreter des Jugendverbands im Landesvorstand 2018-20), *Jürgen Olschok* (BV Mitte), *Ralf Peters*, *Bosse Daniel Reimann* (BV Altona), *Hartmut Ring* (BV Hamburg Nord, für den Hamburger Landesverband im Bundesausschuss), *Tilman Rosenau* (BV Mitte), *Maureen Schwalke* (Landesparteitagsdelegierte, Ersatzdelegierte Bundesparteitag, Mitglied in mehreren Ausschüssen und Beteiligungsgremien), *Lena Schweder* (BV Altona), *Roland Wiegmann* (MdBV Eimsbüttel), *Ronald Wilken* (BO-Wilhelmsburg/Veddel), *Mehmet Yildiz* (MdHB)

Begründung:

Um die LINKE als Mitgliederpartei weiterzuentwickeln, ist es dringend erforderlich, im Landesverband Beratungen und Diskussionen über die Ausgestaltung der politischen Strategie der LINKEN unter Beteiligung aller Interessierten anzuschließen. Die beigefügte Erklärung mag ein guter Impuls für solche Diskussionen sein.

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Hamburg möge beschließen:

- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE. rügt das Versenden eines Briefes (hier abrufbar: https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/bv_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807_Brief_an_Putin.pdf) seitens der DIE LINKE-Stadtteilgruppe LangenhornFuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf an Wladimir Putin.
- DIE LINKE Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf wird aufgefordert, den entsprechenden Brief aus dem Internet zu entfernen, um keinen falschen Eindruck über die Politik der Partei DIE LINKE. zu erwecken.
- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE. verurteilt das Vorgehen der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung in Syrien und der Ukraine.
- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE verurteilt den Umgang mit russischen Oppositionellen in Russland.
- Der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE wird aufgefordert, im kommenden Jahr unter Einbeziehung einer antifaschistischen und feministischen russischen Oppositionellen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu organisieren, die sich kritisch mit dem Putinismus auseinandersetzt.

Begründung:

In ihrem Brief vom 7. August dieses Jahres bedankt sich die Stadtteilgruppe LangenhornFuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf bei Wladimir Putin für sein „Bemühen, geschichtliche Zusammenhänge auszuleuchten“ und für seinen „Widerspruch zu den im Westen verbreiteten Verklärungen der reaktionären Helfershelfer der Faschisten“ (DIE LINKE-Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf 2020).

Wladimir Putin beschreibt in dem 20-seitigen Dokument, auf das die Stadtteilgruppe sich hier bezieht, den 2. Weltkrieg aus seiner Perspektive. Einen großen Raum nimmt hierbei die Verteidigung des Hitler-Stalin-Paktes als quasi alternativlos und antifaschistisch ein. Kritische Worte, etwa hinsichtlich des Auslieferens exilierter Kommunisten in Hitlers KZs, finden sich hier nicht, auch wenn Putin, der sich selbst als „Pragmatiker mit Neigung zum Konservatismus“ (Lepjochin 2015) bezeichnet, stattdessen den Bolschewiki ein paar Seitenhiebe hinsichtlich ihres „Nihilismus“ und der „spöttischen Haltung gegenüber der nationalen Geschichte, den Traditionen und dem Glauben“ mitgibt (Putin 2020: 13).

Die Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf bedankt sich in ihrem

Schreiben des Weiteren bei Putin für sein „Eintreten, auf internationaler Ebene dem Völkerrecht wieder Geltung zu verschaffen und dem Recht des Stärkeren in der Weltpolitik ein Ende zu setzen“, sein „Drängen auf eine kollektive Sicherung des Friedens in Europa und der Welt sowie ständiges Bemühen, realistische Möglichkeiten zu entwickeln, internationale Konflikte zu lösen“ und schließlich seine „Besonnenheit, die Russland - und er - bei der Behandlung schwieriger Situationen der internationalen Politik und an den Tag legen“ würde (DIE LINKE-Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf 2020).

Dieses erscheint höchst fraglich. In einer Zeit, in der DIE LINKE. – völlig zurecht – die Zustände im griechischen Flüchtlingslager Moria als „Schande für ganz Europa“ bezeichnet und die Aufnahme der Geflüchteten, vor allem der Alten, Kranken und Kinder fordert, kommt man nicht drumherum, auch einmal die konkreten Fluchtursachen zu benennen. In Syrien, das Land aus dem die meisten Geflüchteten stammen, herrscht bekanntlich seit 2011 ein Bürgerkrieg, auch wenn dieser infolge der massiven Präsenz

internationaler Armeen und Söldner:innenverbände längst kein Bürgerkrieg mehr ist. Begonnen hatte alles als zunächst gewaltloser Protest gegen die Baath-Partei, die zu diesem Zeitpunkt seit 48 Jahren an der Macht war, bzw. gegen die seit Dekaden währende Vormachtstellung des Assad-Clans.

Von Beginn an wurde diesen Protesten mit Gewalt begegnet und Baschar al-Assad beschimpfte die Demonstrant:innen als „Bazillen“ (Sydow 2011). Ab dem Sommer 2013 kam es dann von Seiten des Assad-Regimes zum systematischen Einsatz von Giftgas. Da niemand willens oder in der Lage war, dieser verheerenden Art der Kriegsführung Einhalt zu gebieten, führte dies zu einem ersten Turning Point und zur ersten großen Fluchtwelle.

Der zweite Turning Point erfolgte nach dem Besuch Qassem Soleimanis, dem

Kommandeur der an der Seite Assads kämpfenden iranischen Al-Ouds-Brigaden, in Moskau im Juli 2015 (vgl. Bassam/Perry 2015). Das hier verabredete Eingreifen der russischen Luftwaffe machte den Geflüchteten, die zu dem Zeitpunkt bereits zu mindestens 3,4 Millionen in den Nachbarländern Syriens lebten (vgl. Pro Asyl 2015), klar, dass sie in absehbarer Zeit nicht nach Syrien werden zurückkehren können. Viele machten sich nun auf den Weg nach Europa.

Als Ziel wurde seitens der Putin-Regierung die Bekämpfung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ angegeben, die zu diesem Zeitpunkt einen Teil des Landes kontrollierte. Nach detaillierten Recherchen der Nachrichtenagentur Reuters befanden sich aber schon zu Beginn der russischen Luftschläge 80% der Ziele der russischen Luftwaffe außerhalb des

Einflussgebietes des IS (vgl. Stubbs 2015). Offenkundiges Ziel der Offensive war die Machterhaltung des eng mit der Putin-Regierung alliierten Regimes von Baschar al-Assad.

Die syrischen Geflüchteten, die zu diesem Zeitpunkt bekanntlich in großer Zahl in Europa und damit auch in Deutschland eintrafen, gaben entsprechend zu rund 70% an, dass sie aufgrund der unmittelbaren Lebensgefahr geflohen seien, die ihnen vom Assad-Regime drohe. Knapp über 50% wollten erst dann zurückkehren, wenn Assad nicht mehr an der Macht ist (vgl. Denkler 2015). Während dieser Flüchtlingswelle wiederum befeuerten russische Auslandsmedien (Ruptly, RT, Sputnik) in Europa eine rassistisch aufgeladene Desinformation, mit dem Ziel rechtspopulistische Parteien - wie in Deutschland die AfD - zu stärken, die ihrerseits wiederum eine pro-putinistische Politik verfolgen.

Neben Giftgas waren auch Fassbomben zu einem Bestandteil dieses Krieges geworden. Fassbomben haben keinen militärischen Nutzen. Sie dienen ausschließlich dazu, Terror gegen die Zivilbevölkerung auszuüben. Dieses Vorgehen, das Kriegsverbrechen zum Kriegsziel zu erheben, wurde von den russischen Alliierten in gleicher Weise mitgetragen. Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Einrichtungen wurden mit russischen bunkerbrechenden Waffen angegriffen. Diese Luftschläge sollten gezielt Angst und Schrecken in der Bevölkerung verbreiten und zeigen, dass es keinen sicheren Ort vor den

Angriffen des Assad-Regimes und seiner russischen Verbündeten gibt. In der Schlacht um

Aleppo im Herbst 2016 wurde diese Taktik durch das Assad-Regime und seine russischen

Verbündeten fortgesetzt. Raketen, Bunkerbrecher, Streubomben und Giftgas kamen zum Einsatz und zivile Ziele wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser wurden nicht bloß als „Kollateralschaden“, sondern gezielt attackiert, um Zivilist:innen aus dem Rebell:innenGebiet zu vertreiben (vgl. Abdi/Böhme 2017; Spiegel Online 2016).

Auch anderthalb Jahre später bei der Schlacht um Ost-Ghouta bot sich dasselbe

Szenario, wieder unter Beteiligung der russischen Luftwaffe und ihrer bunkerbrechenden Waffen. Beispielsweise wurde eine Schule, die von zivilen Aktivist:innen als Alternative zu den konfessionellen Religions-schulen der Islamisten in Ost-Ghouta gegründet wurde, von einer bunkerbrechenden Rakete getroffen, die drei Stockwerke durchschlug, bevor sie im Keller explodierte. Sowohl der eingesetzte Waffentyp als auch die Art der Zerstörung sind starke Indizien für einen Angriff durch die russischen Streitkräfte und schließen die Täterschaft der syrischen Armee weitestgehend aus. Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich nach Angaben von lokalen Aktivist:innen rund 400 Menschen in der Schule, die dort Schutz vor dem heftigen Bombardement gesucht hatten (vgl. Medico International 2018).

Der erneute gezielte Angriff auf die Schutzräume von Schulen zeigt ebenso wie die Giftgasangriffe und die gezielte Zerstörung von Krankenhäusern, wie zuletzt in Afrin durch türkisches Militär, dass dies ein Krieg ist, der gezielt gegen die Zivilbevölkerung geführt wird. Der russische Bombenangriff war ein targeted killing von Kindern. Till Küster von medico international

Nur Stunden nach dem folgenschweren Luftangriff auf diese Schule verhinderte Russland im Weltsicherheitsrat eine Debatte über die humanitäre Lage in Syrien, bei der auch der UN.Hochkommissar für Menschenrechte Seid al-Hussein einen Bericht zur Lage im Land abgeben sollte (vgl. ebd.).

Auch im aktuellen Syrien-Bericht von Amnesty International für das Jahr 2019 werden weiterhin Kriegsverbrechen und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch das syrische Regime und seine russischen Verbündeten aufgelistet. Hierzu gehören sowohl wahllose als auch gezielte Angriffe auf Wohnhäuser, Schulen,

Bäckereien, Rettungseinsätze, Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen. Durch Luftangriffe und Artilleriebeschuss wurden Hunderte Zivilpersonen getötet oder verletzt, darunter Rettungskräfte und medizinisches Personal, insbesondere in den Provinzen Idlib und Hama im Nordwesten und in den nördlichen Gebiete der Provinz

Aleppo. Auch in Gebieten, die von Regierungskräften kontrolliert wurden, hatten

Zivilpersonen weiterhin kaum Zugang zu humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung.

Des Weiteren berichtet Amnesty International, dass syrische Sicherheitskräfte noch immer

Tausende Menschen, die in den vergangenen Jahren festgenommen wurden, ohne

Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in Haft halten. Viele von ihnen waren unter Bedingungen inhaftiert, die den Tatbestand des Verschwindenlassens erfüllten.

Zehntausende Menschen gelten weiterhin als verschwunden, die meisten von ihnen seit

2011. Unter ihnen befinden sich Beschäftigte von Hilfsorganisationen, Rechtsanwält:innen, Journalist:innen, friedliche Aktivist:innen, Regierungskritiker:innen und -gegner:innen sowie Personen, die anstelle ihrer von den Behörden gesuchten Angehörigen inhaftiert worden waren.

Am 19. September 2019 legten Russland und China im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf über einen Waffenstillstand in Idlib ein. Am 20. Dezember des

Jahres folgte ein weiteres Veto gegen eine Resolution zur Fortführung der humanitären

Hilfe der Vereinten Nationen in Syrien (vgl. Amnesty International 2020a). Ende September 2019 berichtete die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, allein durch den russischen Militäreinsatz in

Syrien seien (seit September 2015) 19.000 Menschen (davon 8.300 Zivilist:innen) ums Leben gekommen (vgl. Syrian Observatory for

Human Rights 2019). Insgesamt sind im syrischen Bürgerkrieg, Stand Januar diesen Jahres, mehr als 380.000 Menschen getötet worden, darunter etwa 115.000 Zivilist:innen, davon rund 22.000 Kinder. Ungefähr 13 Millionen Syrer:innen sind auf der Flucht (vgl. Spiegel Online 2020).

Im März 2020 berichtete die UNO-Flüchtlingshilfe, dass fast eine Million Menschen in der Region Idlib auf der Flucht sind, doch Hilfskräfte nicht immer Zugang zu den Betroffenen haben (vgl. UNO-Flüchtlingshilfe 2020). Die Gelüchtetenlager in Idlib seien völlig überfüllt, doch die Versorgung dieser Menschen nicht gesichert. Der einzige Grenzübergang in den

Nordosten Syriens für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen war zu dem Zeitpunkt seit Januar geschlossen, als Folge des russischen und chinesischen Vetos im UN-

Sicherheitsrat (vgl. Lenz 2020). Zeitgleich wurden Geflüchtete in der Türkei an die Grenzen und auf die griechischen Inseln geschickt, während Griechenland zu extremen Mitteln bewehrter „Grenzsicherung“ griff und auch weiter greift (vgl. Maas-Albert 2020).

Es ist völlig unbestritten, dass auch syrische (vornehmlich islamistische) Rebellengruppen, sowie die seit spätestens 2015 aktiv am Syrien-Krieg beteiligte Türkei schwere Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben. Dies darf aber nicht dazu führen, die Verbrechen Assads und Putins durch Whataboutism zu kommentieren – nicht wenn einem tatsächlich an Friedenssicherung und Menschenrechten gelegen ist. Das schier unendliche Drama des syrischen Bürgerkriegs liegt – neben dem eisernen Willen zur Machterhaltung von Seiten des Assad-Clans – im imperialistischen Streben Russlands, Irans und der Türkei begründet. Wer das nicht wahrhaben will, belügt sich selbst und andere. Es wird von Seiten der LINKE oft betont, dass der Einsatz der russischen

Luftwaffe sich auf dem Boden des Völkerrechts bewege, da die Operationen auf Grundlage einer Einladung der „legitimen“ Regierung Syriens stattfinden. Doch auch der eingeladene Staat muss sich an die Grundregeln des humanitären Völkerrechts halten und darf keine Kriegsverbrechen begehen. Das Gegenteil ist von Beginn an der Fall.

Auch vor anderen Hintergründen ist Wladimir Putin definitiv nicht als Verteidiger des Völkerrechts zu betrachten. Die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014, die bis heute andauernde militärische Unterstützung der Separatisten im Donbass – darunter Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes GRU, reguläre russische Streitkräfte, sowie russische und ausländische Söldner (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2019) – und die Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine stellen eine klare

Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker dar. Die aggressive Rhetorik von Seiten der Putin-Regierung, die sämtliche Befürworter:innen eines pro-westlichen Kurses der Ukraine als „Faschisten“ brandmarken sollte, veranlasste 2014 verärgerte

Vertreter:innen der Jüdischen Gemeinden einen offenen Brief an Putin zu schreiben, in dem sie ihn aufforderten, die „beliebig ausgewählten Lügen und Beschimpfungen“ zu stoppen (vgl. Ukrainian Jewish Encounter 2014). Dennoch gingen dieser perfiden Propaganda zahlreiche Menschen in Europa auf den Leim. Der Konflikt im Donbass hat rund 1,5 Millionen Menschen in die Flucht getrieben und ca. 13.000 Tote gefordert hat, unter ihnen etwa 3.300 Zivilisten (vgl. Petrus 2020). Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sprach bereits 2014 bezüglich der Separatist:innen-Gebiete von einer Terrorherrschaft der bewaffneten Gruppen über die Bevölkerung mit Freiheitsberaubungen, Entführungen, Folterungen und

Exekutionen (vgl. Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights 2014). Der Krieg geht weiter.

Nahezu täglich registriert die OSZE-Mission dutzende bis hunderte

Waffenstillstandsverletzungen am Tag, die in der Regel von den pro-russischen

Separatisten ausgehen (vgl. OSZE 2020). Deutsche AfD-Politiker:innen und andere Rechtsextremist:innen unternehmen häufig Reisen auf die Krim und in den Donbass, z.B. um sich als Wahlbeobachter:innen zur Verfügung zu stellen und den dortigen Abstimmungen den Anschein demokratischer Legitimität zu verleihen (vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2020).

Ebenso hinsichtlich der Situation in Russland selbst gibt es wenig, wofür man Putin danken könnte. Im Land findet eine zunehmende Einschränkung der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Gesetzgebung und Praxis statt (vgl. Amnesty International 2020b). Auf der Rangliste der Pressefreiheit der „Reporter ohne Grenzen“ rangiert Russland auf Platz 149 von 180 (vgl. Reporter ohne Grenzen 2020). Zuletzt schlug die Vergiftung des Putin-Kritikers Alexej Nawalny hohe Wellen. Dieses Schicksal, vergiftet worden zu sein, teilt er nun mit dem Journalisten Juri Schtschekotschichin, dem Nachrichtendienstler Alexander Litwinenko, dem Journalisten Wladimir Kara-Mursa, dem

Nachrichtendienstler Sergej Skripal und dem Künstler Pjotr Wersilow. Anderen PutinKritiker:innen, wie der Journalistin Anna Politkowskaja und dem Politiker Boris Nemzow, wurde ein abweichendes Schicksal zuteil. Sie wurden erschossen (vgl. Richter 2020).

In Folge des berüchtigten Gesetzes gegen „Homo-Propaganda“, das seit 2013 in Kraft ist, werden queere Proteste häufig verboten und LGBTI-Aktivist:innen immer wieder festgenommen und mit Strafverfahren übersät. Bereits das Tragen einer Regenbogenfahne gilt als solche „Homo-Propaganda“. Außerdem kommt es seit Jahren zu verstärkter homo- und transfeindlicher Stimmungsmache in Staatsmedien und Politik, während Gewalt gegen LGBTIQ ansteigt. Die tödliche Verfolgungswelle in Tschetschenien ließen die russische Politik und die zuständigen russischen Strafverfolgungsbehörden unaufgeklärt.

Die Stimmungsmache gegen „Homo-Propaganda“ als erster Schritt der

Verschlechterungen hat dabei – mit kräftiger Unterstützung Russlands – zuletzt auch in europäischen Ländern Fuß gefasst, oft versteckt hinter Begriffen wie „LGBT-Ideologie“ oder „Gender-Ideologie“ (vgl. Queer.de 2020).

Die russische Gesellschaft ist unter Putin einem starken Militarismus ausgesetzt. Bereits Kinder werden in „Militärsporthklubs“ an die Armee herangeführt. Der Wehrkundeunterricht, in den 1990er-Jahren

kurzzeitig abgeschafft, ist längst wieder Pflichtfach an russischen Schulen (vgl. Dornblüth 2015). In diesem Jahr wurde außerdem das Projekt „Patriotische Erziehung der Bürger der

Russischen Föderation“ auf den Weg gebracht. Bildungsminister Sergej Krawzow zählte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs in der Duma dessen Postulate auf: Ausprägung eines Gefühls von „Patriotismus und Staatsbewusstsein“, sowie die „Achtung der Erinnerungen an die Verteidiger des Vaterlands und die Taten seiner Helden“ (vgl. Gerassimowa 2020).

Aus antifaschistischer Sicht ist die Rolle der nationalistischen Partei Rodina interessant, die einst aus Putins Umfeld als Konkurrenz zur KPRF gegründet wurde (vgl. Siegert

2005). 2015 organisierte Rodina, geführt vom damaligen stellvertretenden

Ministerpräsidenten Dmitri Olegowitsch Rogosin und Putins Berater Sergei Jurjewitsch Glasjew, eine Versammlung von vorgeblich „sozialen und politischen“ Bewegungen (z.B. NPD, British National Party, Chrysi Avgi) um den Erhalt „traditioneller Werte“ wie Familie und Christentum zu besprechen. Rund 40 Demonstranten protestierten gegen das Treffen, acht wurden von der Polizei festgenommen (vgl. Zeit Online 2015).

Anfang dieses Jahres wurden sieben Männer zwischen 24 und 32 Jahren wegen des Vorwurfs des Linksterrorismus von einem Militärgericht in der Stadt Pensa zu Haftstrafen in Höhe von 6 bis 18 Jahren verurteilt. Sie sollen einem anarchistischen Terrornetzwerk angehören (vgl. Nowak 2020). Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten für einen bewaffneten Umsturz trainierten. Wann und wo der vermeintliche Terrorakt stattfinden sollte, blieb bei der Gerichtsverhandlung allerdings offen (vgl. Putzbach 2020). Bis dato wurde gegen anarchistische, antifaschistische und antiautoritäre Linke vorwiegend das „Anti-Extremismusgesetz“ angewendet, das zu Verfahren, Bußgeldern oder einigen Jahren Arbeitskolonne bzw. Gefängnis führen kann. Als Hassverbrechen gegen eine bestimmte Personengruppe kann dabei etwa das Teilen eines Anti-Nazi- oder „ACAB“- Beitrags in sozialen Netzwerken eingestuft werden. In diesem Fall wurde den Angeklagten allerdings die „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ zur Last gelegt und während der U-Haft Folter angewendet. Der Angeklagte Dmitrij Ptschelinzew berichtete, dass ihm täglich über Wochen Elektroden am Körper befestigt und die Stromzufuhr aufgedreht wurde. Vor Schmerz biss er die Zähne so stark zusammen, dass sie anfangen zu bröckeln und er den Mund voller Zahnstückchen hatte. Um dieser Qual zu entkommen, hatte Ptschelinzew bereits einen vergeblichen Selbstmordversuch unternommen (vgl. Mika 2018). Wladimir Putin befasste sich persönlich mit dem Fall, um sicherzustellen, dass alles „in Übereinstimmung mit dem Gesetz“ sei (vgl. Putzbach 2020).

Doch der Verdruss an Putins autokratischer Herrschaft in Russland wächst. So frohlockt die SAV bereits in ihrer Zeitschrift sozialismus.info:

Alle linken Organisationen in Russland erleben einen Zustrom neuer Mitglieder. Einige linke Blogger sind mittlerweile populärer als die offiziellen Zeitungen. Klar, das Regime Putins kann der Jugend abgesehen von dem schwer verdaulichen Cocktail aus Nationalismus, Militarismus und orthodoxen Fundamentalismus weder neue Ideen noch konkrete Perspektiven anbieten. (Yanski 2020)

Quellen:

Abdi, Muhamad / Böhme, Christian (2017): Aleppo - ein Jahr nach der Schlacht, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/krieg-in-syrien-aleppo-ein-jahr-nach-der-schlacht/20760870.html> [abgerufen am 18.09.20]

Amnesty International (2020a): Jahresbericht Syrien 2019, online unter: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/syrien> [abgerufen am 18.09.20]

Amnesty International (2020b): Jahresbericht Russland 2019, online unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/russische-foederation-russland-2019> [abgerufen am 18.09.20]

Antifaschistisches Infoblatt (2020): AfD-Hinterbänkler auf pro-russischem Parkett, online unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/afd-hinterb%C3%A4nkler-auf-pro-russischem-parkett> [abgerufen am 18.09.20]

Bassam, Laila / Perry, Tom (2015): How Iranian general plotted out Syrian assault in Moscow, online unter: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-soleimaniinsigh-idUSKCN0S02BV20151006> [abgerufen am 18.09.20]

Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas, online unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas> [abgerufen am 18.09.20]

-
- Denkler, Thorsten (2015): Sie fliehen wegen der Fassbomben, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/umfrage-unter-syrischen-fluechtlingen-sie-fliehen-wegen-der-fassbomben-1.2681748> [abgerufen am 18.09.20]
- Dornblüth, Gesine (2015): Uniformierte Kinder im Kämpferkurs, online unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/militarismus-in-russland-uniformierte-kinder-imkaempferkurs.2165.de.html?dram:article_id=327857 [abgerufen am 18.09.20]
- DIE LINKE Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf (2020): Ihr Aufruf anlässlich des 75. Jahrestages des Großen Sieges über den deutschen Faschismus, online unter: https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/by_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807_Brief_an_Putin.pdf [abgerufen am 18.09.20]
- Gerassimowa, Jelena (2020): Patriotische Erziehung per Gesetz, online unter: <https://ngdeutschland.de/patriotische-erziehung-per-gesetz/> [abgerufen am 18.09.20]
- Lenz, Ramona (2020): Flüchtlinge als Spielball, online unter: <https://www.medicode.de/blog/fluechtlinge-als-spielball-17658/> [abgerufen am 18.09.20]
- Lepjochin, Wladimir (2015): Nationale Idee gefunden, online unter: https://de.sputniknews.com/sinowjew_klub/20150407301805694 [abgerufen am 18.09.20] Maas-Albert, Kirsten (2020): Ignoranz und ihre Folgen, online unter: <https://www.boell.de/de/2020/03/04/ignoranz-und-ihre-folgen> [abgerufen am 18.09.20]
- Medico International (2018): 15 Kinder in Partnerschule durch bunkerbrechende Bombe getötet, online unter: <https://www.medicode.de/15-kinder-in-partnerschule-durchbunkerbrechende-bombe-getoetet-17010/> [abgerufen am 18.09.20]
- Mika (2018): Der russische Geheimdienst foltert Antifaschist_innen und Anarchist_innen, online unter: <https://www.antifainfo.de/artikel/der-russische-geheimdienst-foltert-antifaschistinnen-und-anarchistinnen> [abgerufen am 18.09.20]
- Nowak, Peter (2020): Hohe Haftstrafe gegen Antifaschisten in Russland, online unter: <https://www.heise.de/tp/features/Hohe-Haftstrafe-gegen-Antifaschisten-in-Russland4657395.html> [abgerufen am 18.09.20]
- Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2014): Intense fighting in eastern Ukraine “extremely alarming”, says Pillay, as UN releases new report, online unter: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=14908&LangID=E> [abgerufen am 18.09.20]
- OSZE (2020): The crisis in and around Ukraine, online unter: <https://www.osce.org/ukrainecrisis> [abgerufen am 18.09.20]
- Petrus, Klaus (2020): Mörser und Minen als Nachbarn, online unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/ukraine-moerser-und-minen-alsnachbarn> [abgerufen am 18.09.20]
- Pro Asyl (2015): Eiseskälte und Grenzschießungen: Syriens Nachbarländer stehen vor dem Kollaps, online unter: <https://www.proasyl.de/news/eiseskaelte-und-grenzschiessungen-syriens-nachbarlaender-stehen-vor-dem-kollaps/> [abgerufen am 18.09.20]
- Putin, Wladimir (2020): 75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft, online unter: https://www.infosperber.ch/data/attachements/Putin_Verantwortung_20200619.pdf [abgerufen am 18.09.20]
- Putzbach, Robert (2020): Mit Plastikkugeln zur Revolution, online unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1132715.antifa-in-russland-mit-plastikkugeln-zurrevolution.html> [abgerufen am 18.09.20]
- Queer.de (2020): Neue Verfassung bestätigt: Noch mehr Putin, noch mehr Homophobie, online unter: https://www.queer.de/detail.php?article_id=36488 [abgerufen am 18.09.20]

-
- Reporter ohne Grenzen (2020): Russland, online unter: <https://www.reporter-ohnegrenzen.de/russland> [abgerufen am 18.09.20]
- Richter, Stefan (2020): Mit Kampfstoffen und Gift gegen Kritiker, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-08/regimegegner-russland-alexey-nawalny-kremlkritik-vergiftung-aktivisten> [abgerufen am 18.09.20]
- Siegert, Jens (2005): Politischer Jahresbericht der Heinrich-Böll-Stiftung Büro Moskau 2004/2005, online unter: https://web.archive.org/web/20071214205735/http://www.boell.de/de/05_world/3781.html [abgerufen am 18.09.20]
- Syrian Observatory for Human Rights (2019): More than 19000 people including about 8300 civilians killed by Russian warplanes since their military participation began on the Syrian territory at the end of September 2015, online unter: <https://www.syriahr.com/en/142258/> [abgerufen am 18.09.20]
- Spiegel Online (2016): Bomben auf die Lebensretter, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-russland-und-assad-fuehren-krieg-gegen-krankenhaeuser-a1077445.html> [abgerufen am 18.09.20]
- Spiegel Online (2020): Mehr als 380.000 Tote im Syrienkonflikt seit 2011, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mehr-als-380-000-todesopfer-seit-beginn-dessyrienkonflikts-beobachtungsstelle-a-1303680.html> [abgerufen am 18.09.20]
- Stubbs, Jack (2015): Four-fifths of Russia's Syria strikes don't target Islamic State: Reuters analysis, online unter: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-russiastrikes-idUSKCNOSF24L20151021> [abgerufen am 18.09.20]
- Sydow, Christoph (2011): Ein syrischer Soldat berichtet: "Die Regierung belügt uns Soldaten", online unter: <https://www.disorient.de/blog/ein-syrischer-soldat-berichtet-dieregierung-beluegt-uns-soldaten> [abgerufen am 18.09.20]
- Ukrainian Jewish Encounter (2014): Open letter of Ukrainian Jews to Russian Federation President Vladimir Putin, online unter: <https://web.archive.org/web/20140330214251/http://www.haaretz.com/advertisement-articles/1.582118> [abgerufen am 18.09.20]
- UNO-Flüchtlingshilfe (2020): Syrien: Fast 1 Million Menschen in der Idlib-Region auf der Flucht, online unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/news/uebersicht/detail/artikel/syrien-fast-1-million-menschen-in-der-idlib-region-auf-der-flucht/> [abgerufen am 18.09.20]
- Yanski, Dima (2020): Jugend in Russland – Generation Krise, online unter: <https://www.sozialismus.info/2020/07/jugend-in-russland-generation-krise/> [abgerufen am 18.09.20]
- Zeit Online (2015): Russland heißt Europas Rechtsextreme willkommen, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/russland-rechtsparteien-npd-udo-voigt> [abgerufen am 18.09.20]

Ein solidarisches Hamburg fängt bei uns an! - Gemeinsam für bessere Lebensbedingungen -

Was uns bewegt:

DIE LINKE hat sich eine feste Verankerung in den Stadtteilen und in der Stadt erarbeitet – sie gibt Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit in Hamburg. Mit dieser Verankerung können wir dazu beitragen, die Lebensbedingungen für die Menschen spürbar zu verbessern – als linke Opposition in den Parlamenten, als Partei mit vielen Orts- und Stadtteilgruppen, zusammen mit gesellschaftlichen Bewegungen und auf der Straße.

Dennoch schauen wir mit Sorge auf den Zustand unserer Partei. Sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Grundausrichtung unserer Politik – genauer gesagt, das innerparteiliche Gegeneinander – behindern massiv unseren Einsatz für soziale Gerechtigkeit. So gelingt es uns nur unzureichend, Mitglieder zu gewinnen, zu aktivieren und zu halten. Viele Genoss*innen verlieren die Motivation, weil die Vielfalt in unserer Partei nicht produktiv genutzt wird. In endlosen Diskussionen ohne echten Diskurs werden stattdessen Kräfte aufgezehrt, ohne Ergebnisse zu bringen. Das hat uns bewogen, in strömungsübergreifendem und -unabhängigem Einvernehmen dieses Papier zu erarbeiten.

Wir brauchen einen Landesvorstand, der die Mitglieder in ihrer Heterogenität widerspiegelt und trotzdem einigend wirkt. Er muss der Parteientwicklung entschieden mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher und DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei stärken. Partei- und Politikentwicklung gehen miteinander einher. Der zukünftige Landesvorstand sollte in der Lage sein, die politische Wirklichkeit in unserer Stadt differenziert wahrzunehmen, daraus linke politische Schlussfolgerungen zu ziehen und gemeinsam mit unseren Fraktionen und den vielen Initiativen in praktische Politik umzusetzen.

Politische Großwetterlage:

Wann, wenn nicht jetzt, ist die Stunde linker Politik!?

Die Corona-Pandemie und der damit verbundene Lockdown haben in aller Brutalität die soziale Spaltung noch deutlicher offengelegt. Sie befeuern die weltweite Rezession, die Arbeitslosenzahlen steigen dramatisch, die Krise trifft die am härtesten, die ohnehin schon wenig haben. Zwar wird die Politik der Schwarzen Null ausgesetzt. Dennoch wächst die Ungleichheit zwischen Arm und Reich – auch in Hamburg. Bereits in der Finanzkrise 2008/2009 haben wir erfahren müssen, dass der damalige Anflug von Zweifeln an der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht lange Bestand hatte. Die Rechnung der Konjunkturpakete werden am Ende wieder die Geringverdienenden bezahlen. Schon jetzt versuchen Arbeitgeber*innen, Forderungen nach Lohn-erhöhungen unter Verweis auf die Corona-bedingten Belastungen entgegenzutreten. Ein Zurück zur alten Sparpolitik müssen wir verhindern.

Auf Hamburg-Ebene hat die rot-grüne Koalition im Schatten der Pandemie ein „Weiter so“ der bisherigen Politik beschlossen. Der Zuwachs grüner Wähler*innenstimmen hat sich auf die Umweltund Verkehrspolitik des Senats kaum ausgewirkt. Die SPD bestimmt, ohne dass von den Grünen Kritik daran laut würde, weiterhin ihre Politik der Stärkung der Hamburger Großwirtschaft (z. B. Hafenspannung). Die Grünen erschöpfen sich in medienwirksamer Symbolpolitik und lassen grundlegende Ansätze zu sozialökologischen Alternativen unter den jetzigen Krisenbedingungen vermissen. An der Stadtentwicklung kritisieren viele Fachleute den verstärkten Abriss traditioneller Bausubstanz, um für gewinnträchtige Neubauten Platz zu schaffen. Auch weiterhin werden Rüstungsgüter über den Hamburger Hafen verschifft und in kriegführende Länder geliefert. Für den rot-grünen Senat ist Friedenspolitik kein Thema. Er versucht nicht einmal, die Rüstungstransporte zu stoppen. Es gäbe noch viele weitere Punkte zu benennen, die deutlich machen: Die LINKE als politische Alternative wird gebraucht, sie muss gestärkt werden.

Wann also, wenn nicht jetzt, ist es an der Zeit, für linke Politik aktiv zu werden!? Ein neuer Landesvorstand muss dazu motivieren, daran mitzuwirken.

Linke Themen – linke Fragen:

Wir LINKE haben bereits viele gute Antworten, wie wir bessere Lebensbedingungen für die Menschen erreichen können. LINKE Klimapolitik ist Sozial-, Friedens- und Wirtschaftspolitik zugleich. Nur wenn wir unser Wirtschaftssystem umstellen, haben wir eine Chance, das Klima zu retten. Es bleibt aber die Frage offen: Wie genau ändern wir unsere Art zu wirtschaften? In der Corona-Krise kommen neue Fragen hinzu, etwa: Wie bekommen wir es hin, die positiven Auswirkungen der Corona-Krise auf das Klima zu erhalten, aber zugleich den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern? Wie begegnen wir den Ängsten der Menschen, wie es nach der Corona-Krise weitergeht?

Wir müssen also immer auch zum Meinungs austausch über Antworten in der Lage sein. Vom neuen Landesvorstand erwarten wir, dass er selber diskussionsfähig ist, aber auch die Diskussion in der Partei organisiert. Und natürlich soll der Landesvorstand auch Impulse geben, dass wir dort aktiv bleiben, wo wir bereits Antworten haben. Wir wissen, eine Aufzählung kann nie vollständig sein, beispielhaft seien folgende Handlungsfelder genannt:

Wohnen und Mieten

Linke Politik für Mieter*innen bleibt Aufgabe auch des neuen Landesvorstandes. Hamburgs Mieter*innen müssen weiter vor den Auswirkungen der Corona-Krise geschützt werden. Dazu ist es dringend notwendig, den Anliegen der beiden Mieten-Volksinitiativen zum Erfolg zu verhelfen: Keine Profite mit Boden und Miete! Nötig ist ebenfalls ein Einfrieren der Mieten bei SAGA und anderen städtischen Wohnungen. Und wir haben die Pflicht, mit etlichen Initiativen gegen die Praxis von Vonovia, Akelius und Co., die Mietpreisbremse mit Modernisierungen zu umgehen, vorzugehen.

Wirtschaft, Gesundheit und Soziales

Wir müssen Wege finden, wie ein sozial-ökologischer Umbau auch in Hamburg mit einem Wiederaufbauprogramm für die von der Krise besonders betroffenen Firmen, Gewerbetreibenden, ihre Mitarbeitenden, für Solo-Selbstständige, Theater und Kinos verbunden werden kann. Eine Wiederauflage der alten Sparpolitik darf es nicht geben. Der neue Landesvorstand muss sich daher zusammen mit der Bürgerschaftsfraktion zum Hamburger Haushalt 2021/22 mit konkreten Vorschlägen äußern.

Unser Gesundheitssystem steht nicht nur seit der Corona-Krise im Fokus. Wir LINKE streiten schon lange für eine gemeinwohlorientierte Gesundheits- und Pflegevorsorge mit anständiger Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden. Angesichts des Verkaufs der städtischen Krankenhäuser bleibt in Hamburg die Frage besonders akut.

Gleichstellung und Gleichbehandlung

Die Rechte von Frauen, Kindern, queeren Menschen und Menschen mit Handicap und Migrant*innen spielen in der vielfältigen Großstadt Hamburg eine besonders wichtige Rolle. Sie werden in ihrer Heterogenität in Partei und Politik unzureichend repräsentiert. Als LINKE in Hamburg sind wir gefragt, Wege für eine bessere Beteiligung zu finden. Auch die soziale Benachteiligung ist hier besonders groß. In der Corona-Krise erleben wir, wie schnell der Rollback zur „Frau am Herd“ geht, wenn Schulunterricht und Kinderbetreuung zum Erliegen kommen. Queeren Menschen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen ihre Schutzräume verloren haben, fehlt es an Unterstützung. Die sozialen Folgen in den verschiedenen Bereichen sind noch gar nicht absehbar.

Unsere gegenwärtige Diskussions“kultur“ bremst die Durchsetzung von Frauenrechten immer noch aus. In Hamburg stellen wir fest, dass gerade junge Frauen mehr Angebote feministischer und queerer Politik erwarten. Ein neuer Landesvorstand muss hier mit einer Frauenbeauftragten ein deutliches Signal setzen.

Demokratie und Grundrechte

DIE LINKE hat auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie die enormen Grundrechtseinschränkungen mitgetragen, um die Gesundheit der Hamburger*innen zu schützen. Vom zukünftigen Landesvorstand erwarten wir, dass er sich sichtbar auf die Seite der Grundrechte stellt und zugleich hörbar auf Distanz zu denjenigen geht, denen es allein um ihre Freiheiten auf Kosten der Gesundheit anderer geht und die anschlussfähig für Rechte, Verschwörungstheoretiker*innen und Antisemit*innen sind.

Inmitten der Krise hat die Ermordung des Schwarzen George Floyd durch Polizisten in den USA vor Augen geführt, dass Rassismus trotz aller Unterschiede zu den USA auch bei uns ein tief sitzendes Problem ist. Wir müssen Rassismus und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen skandalisieren und Strategien dagegen entwickeln. Eine Riesengefahr geht außerdem von rechtsextremen Netzwerken aus. Vermutlich stecken sie auch hinter „NSU 2.0“. Es ist dringend erforderlich, dass der zukünftige Landesvorstand hier einen Schwerpunkt setzt. Sind doch gerade wir als LINKE aufgerufen, in einem breiten Bündnis die Demokratie zu verteidigen.

Was zu tun ist:

Der Landesverband hat großes Potential – ca. 1.700 Mitglieder in sieben Bezirksverbänden und vielen Untergliederungen, hohes Expert*innenwissen in mehreren gut aufgestellten Arbeitsgemeinschaften, sieben starke Bezirksfraktionen und unsere Bürgerschaftsfraktion. Seit 12 Jahren wird dadurch unser öffentliches Erscheinungsbild in Hamburg geprägt. DIE LINKE ist zum sozialen Gewissen der Stadt geworden. Dieses Potenzial unserer pluralen und aktiven Mitgliederpartei muss der Landesvorstand stärken und dabei zugleich die Vielfalt repräsentieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir als LINKE in Hamburg gut aufgestellt sind:

Es klingt simpel, ist aber elementar. Wir brauchen eine gute Kommunikation im Landesvorstand, vor allem zwischen geschäftsführendem Landesvorstand, Landesvorstand, Arbeitsgemeinschaften und Mitgliedern. Es ist wenig glaubwürdig, Transparenz von anderen zu verlangen, wenn sie innerparteilich nicht funktioniert. Mit Website und Newsletter muss daher zeitnah und aktuell über Entscheidungen und Vorhaben des Landesvorstandes informiert werden. Dafür braucht es Ressourcen und Strukturen. Der neue Landesvorstand muss schnell erarbeiten, wie wir es hinbekommen, die Landesgeschäftsstelle zu stärken.

In der Corona-Pandemie zeigt sich, wie fragil ein System ist, das vollständig auf Präsenz baut. Digitale Lösungen wurden nur langsam und technisch sehr unzureichend eingeführt. Viele Mitglieder sind dabei auf der Strecke geblieben. Wir brauchen dringend eine Debatte darüber, wie die Parteiarbeit in Zukunft aussehen soll. Wollen wir Online-Treffen als Element der Zusammenarbeit beibehalten? Wie lösen wir das technisch und satzungsmäßig? Wie binden wir die Mitglieder ein?

Die vergangenen Bezirks- und Bürgerschaftswahlen haben wieder einmal das große Thema von Parteien schlechthin vor Augen geführt: Wie gewinnen wir Menschen dafür, nicht nur Mitglied zu werden, sondern auch in Partei und Parlamenten mitzumachen? Da hakt es regelmäßig an vielen Ecken und Enden, beginnend bei der Ansprache nach dem Eintritt über die Frage von Anlaufstellen bis hin zur behutsamen Entwicklung der Potenziale. Wir sollten auf allen Ebenen daran arbeiten, das deutlich zu verbessern. Der zukünftige Landesvorstand muss sich darum kümmern, dass es in den Bezirken engagierte Mitgliederverantwortliche gibt. Die politische Bildung muss gestärkt werden und insbesondere für junge Mitglieder müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich untereinander zu vernetzen.

Der Landesvorstand sollte sich mehr kümmern, wenn in Bezirken Arbeitsstrukturen zusammenbrechen. Wir brauchen in allen Bezirken Vorstände, die in der Lage sind, linke Politik vor Ort zu verankern. Die aktive Mitgliederpartei beginnt vor Ort. Orts- und Stadtteilgruppen sollten unterstützt und gestärkt sowie die Gründung weiterer Gruppen vorangebracht werden.

Und schließlich rückt auch der Bundestagswahlkampf 2021 bereits näher. Wir werden viel Kraft aufbringen müssen, um dem Corona-Bonus der Regierenden unsere sozialen und ökologischen Antworten gegenüberzustellen. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Partei, Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen. In diesem Wahlkampf wird es notwendiger denn je sein, einen konstruktiven Diskussionsprozess über Fragen der strategischen Ausrichtung der LINKEN zu moderieren.

Ein neuer Landesvorstand sollte so zusammengesetzt sein, dass er in der Lage ist, innerparteiliche Feindbilder der Vergangenheit hinter sich zu lassen und gemeinsam für eine starke LINKE zu kämpfen.

Die Unterzeichnenden haben dieses Papier im Konsens erarbeitet und werben für eine breite Unterstützung.

Hamburg, im August 2020

Unterzeichnende:

1. Inge Asimiadis 2. Rainer Benecke 3. Joachim Bischoff 4. Regine Brüggemann 5. Simon Dhemija 6. Enno Drewes 7. Hermann Ehlers 8. Julian Georg 9. Theresa Jakob 10. Jürgen Kahlert 11. Andrea Noack 12. Hartmut Obens 13. Manuela Pagels 14. Anna Rinne 15. Berno Schuckart Witsch 16. Herbert Schulz 17. Siegelinde Steidinger 18. Thomas Wening 19. Maria Westberg

Wer unterzeichnen möchte, kann dies gerne per Mail an folgende E-Mail-Adresse tun: [starke-](mailto:starke-linke-2020@gmx.de)

linke-2020@gmx.de Weitere Unterzeichnende:

20. Heidrun Bauer 21. Marcus Frowerk 22. Dieter Sienknecht 23. Harald Möller-Santner 24. Stefan Niebuhr 25. Benedikt Behrens 26. Lars Wendrich 27. Kersten Artus 28. Rainer Behrens 29. Sabine Ritter 30. Nina Geier 31. Alexander Götz 32. Johan Graßhoff 33. Bernhard Stietz-Leipnitz 34. Ingrid Hiemer 35. Kirsten Rautenstrauch 36. Irina Schnittke 37. Leon Janssen 38. Hinrich Feddersen 39. Ina Morgenroth 40. Alexander Stahl 41. Jens Schultz 42. Pascal Enrico Doer 43. Marion Fisch 44. Bernhard Müller 45. Michael Mirbach 46. Burkhardt Hunka 47. Mark Roach 48. Dennis Rabeneick 49. Marinus Stehmeier 50. Klaus Bullan 51. Konstantin Scholz 52. Sabahattin Aras 53. Petra Vierecke 54. Guntram Wille 55. Carola Ensslen 56. Lara Scheunemann 57. Rhia Baguley 58. Peter Behrendt 59. Klaus Lange 60. Gernot Wolter 61. Siegfried Landsmann 62. Peter Alexander 63. Gerhard Brauer 64. Helga Niestroj 65. Claudia Dyroff 66. Anne Pipenbrinck 67. Peter Gutzeit 68. Gerd Siebecke 69. Andreas Müller-Goldenstedt 70. Jan Vahlenkamp 71. Rosemarie Wiora 72. Fabian Schmidt 73. Philine Stötzer 74. Renate Hercher-Reis 75. Mikey Kleinert

Der aktuelle Stand der Unterzeichnenden kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://tinyurl.com/starke-linke-2020>

Schutzmaßnahmen zur Pandemie -Hygiene für die 1. Tagung des 7. Landesparteitages in der Friedrich-Ebert-Halle am 17. Und 18. Oktober 2020

1. Delegierte und weitere Teilnehmer*innen mit den Symptomen einer akuten Atemwegserkrankung sind vom Besuch des Landesparteitages ausgeschlossen.
2. Der Eingangs- und Ausgangsbereich wird räumlich voneinander getrennt, d.h. es werden unterschiedliche Wege und Türen verwendet.
3. Auf die Abstandsregelung von mind. 1,5 m, Betretungsverbote (z.B. bei Symptomen oder Kontakt zu bestätigten Infizierten) und Hygienetipps wird mit Plakaten und Aushängen gut sichtbar hingewiesen.
4. Es wird für den Landesparteitag eine max. gleichzeitige Teilnehmer*innenzahl von 161 für den Parteitagssaal festgelegt und kontrolliert. Für diese 161 gleichzeitigen Teilnehmer*innen werden namentliche Sitzplätze fest vergeben und zugewiesen.
Für Kandidierende und im Ausnahmefall Genoss*Innen, die als Nicht-Delegierte einen Antrag vertreten, werden solche Plätze zeitweise reserviert und zugewiesen.
5. Antragsteller*innen werden verpflichtet Ihren Antrag solange dies möglich ist, durch eine Delegierte oder einen Delegierten auf dem Landesparteitag zu vertreten.
6. Handdesinfektionsstationen werden im Eingangsbereich zur Verfügung gestellt.
7. Außer beim Sitzen auf den jeweils reservierten Plätzen im Saal, also im Foyer, bei der Bewegung im Saal und in den Sanitärbereichen ist das Tragen einer Mund-Nasenbedeckung verpflichtend.
8. Grundsätzlich ist der Abstand von 1,50 m einzuhalten wo immer möglich einzuhalten insbesondere bei der Schlangenbildung im Rahmen der Mandatsprüfung. Die Delegierten werden ab 1 Stunde vor Beginn der Beratungen im Saal nach Delegationen in Zehn-Minuten-Abständen zur Mandatsprüfung eingeladen.
9. Die Beratung im Plenum wird in der Regel nach 90 Minuten für mindestens zehn Minuten unterbrochen. Es wird durch Offenhalten der Türen zum Gebäude im Frontbereich und der Flügeltüren zum Saal auf eine möglichst gute Durchlüftung des Saals herbeigeführt.
10. Für alle Wahlen und Abstimmungen, bei denen entweder die offene Abstimmung nicht hinreichend eindeutig ist oder geheime Abstimmung beantragt wird, werden diese mit elektronischen Abstimmungsgeräten durchgeführt.
11. Delegierte die nicht teilnehmen können oder dürfen, sind gebeten so früh wie möglich den Vorstand ihrer delegierenden Gliederung, Zusammenschlüsse bzw. ggf. des Jugendverbandes und cc. Die Landesgeschäftsstelle zu informieren, damit möglichst ohne Unterbrechung das Stimmrecht der Delegationen wahrgenommen werden kann.
12. Der Parteitag wird gebeten im Rahmen der Festlegung der Zeiten für die Kandidierenden Debatte möglichst kurze Zeiten anzusetzen.

13. Auf Catering über die Ausgabe von Tagungsgetränken (Wasser und Selter) in verschlossenen Gebinden und den Ausschank von Kaffee und Tee hinaus wird verzichtet. Die Delegierten werden gebeten sich für die verkürzte Versammlungszeit mit einer privaten Brotdose zu versorgen. Die Bezirksverbände sind gebeten gem. Vereinbarung im Landesfinanzrat für Ihre Delegierten auf Antrag eine Tagespauschale auszuzahlen um zusätzlichen Aufwand zu erstatten, der Landesvorstand stellt dies für die Delegationen aus den Zusammenschlüssen, dem Jugendverband und für die Teilnehmer*innen mit beratender Stimme sicher.
14. Die Sanitarräume dürfen von nur von einer begrenzten Personenanzahl betreten werden, die durch Aushänge an den jeweiligen Anlagen deutlich gemacht werden.
15. Ausreichend Papierhandtücher, Flüssigseife werden zur Verfügung gestellt. Alle Lufttrocknungsgeräte sind deaktiviert und dürfen nicht verwendet werden.
16. Es erfolgt eine regelmäßige Kontrolle (z.B. Seifenspender, Papierhandtücher, Mülleimer) und Reinigung von Kontaktflächen (z.B. Türklinken, Wasserhähne, sonstige Kontaktflächen) der Sanitäranlagen.
17. An den Waschbecken wird eine Information zum richtigen Händewaschen gut sichtbar ausgehängt.

Praktisches:

Hinweise und Verhalten auf dem Landesparteitag zur Corona Prävention

Grundsätzlich gilt auf dem Landesparteitag das Hygienekonzept. Das heißt, dass ein Mundnasenschutz oder auch eine höherwertige Schutzmaske bitte getragen wird, um uns gegenseitig vor einer Ansteckung zu schützen und zugleich das Risiko eines Spreading-Events zu minimieren. Ebenso ist Abstand zu halten und auch auf die Hand-Hygiene zu achten. Auf den Sitzplätzen muss kein Mundnasenschutz getragen werden, weil es für alle Delegierten und weitere Teilnehmer*innen am Parteitag Sitzplätze mit ausreichend Abstand gibt. Wir halten dies für Ausdruck einer gegenseitigen Solidarität, die wir miteinander auf diesem Parteitag üben wollen.

Wir bitten aber auch darum mit Solidarität mit den kleinen Verstößen umzugehen und unsere Genoss*innen, die wie es vielleicht, dem Einen oder Anderem schonmal passiert ist, die Maske nicht „ordentlich“ aufgesetzt haben, freundlich und solidarisch auf das Versäumnis hinzuweisen. Wir bitten auch alle Genoss*innen, soweit es ihnen medizinisch möglich ist, auf den Ersatz der Stoffmaske durch ein Plastikvisier zu verzichten, weil die die anderen Teilnehmer*innen zwar vor der potenziellen Tröpfcheninfektion schützt, aber die Aerosolinfektion leider nicht wirksam behindert.

Ebenso bitten wir euch um Vorsorge, weil wir den Tagungssaal gut lüften wollen. Also bringt bitte angemessene Kleidung mit, weil wir die Türen zum Saal und die großen Außentüren offenhalten werden, um eine möglichst gute Durchlüftung sicherzustellen.

Ebenso wollen wir natürlich die notwendigen Debatten miteinander führen, aber wir sind der Überzeugung, dass wir uns sowohl bei der Kandidierenden Debatte als auch bei der politischen inhaltlichen Debatte solidarische beschränken wollen und uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Für selbstverständlich halten wir, dass ihr - wenn auch schweren Herzens - mit akuten Erkältungssymptomen nicht an dem Landesparteitag teilnehmt.

Zeitplan für die Mandatsprüfung

Wir bitten alle Delegierten und Teilnehmenden mit beratender Stimme zur Mandatsprüfung in dem jeweils unten ausgewiesenen Zeitfenster zu kommen, damit a) Ansammlungen bei der Mandatsprüfung vermeiden können und b) auch zügig mit dem Parteitag zur vorgesehenen Zeit beginnen zu können.

Samstag, den 17.10.2020

von	bis	Delegation
08:30	08:38	BV Altona
08:38	08:46	BV Eimbüttel
08:46	08:54	BV HH-Mitte
08:54	09:02	BV HH-Nord
09:02	09:10	BV Harburg / Bergedorf
09:10	09:18	BV Wandsbek
09:18	09:26	Zusammenschlüsse / Jugendverband
09:26	09:30	beratend

Sonntag, den 18.10.2020

von	bis	Delegation
09:00	09:08	Zusammenschlüsse / Jugendverband
09:08	09:16	BV Wandsbek
09:16	09:24	BV Harburg / Bergedorf
09:24	09:32	BV HH-Nord
09:32	09:40	BV HH-Mitte
09:40	09:48	BV Eimbüttel
09:48	09:56	BV Altona
09:56	10:00	beratend

Hinweise Teilnahme, An- bzw. Abmeldung und Einladung zum Landesparteitag

Da wir nur begrenzte Plätze zur Verfügung haben, ist ein besonderer Aufwand notwendig, um möglichst Vielen Genoss*innen die Teilnahme zu ermöglichen: Wir bitten alle Delegierte und Teilnehmende mit beratender Stimme uns bis zum 09. Oktober mitzuteilen, ob ihr am Parteitag teilnehmt oder (auch nur teilweise) euer D Mandat nicht wahrnehmen könnt, damit wir die jeweiligen Ersatzdelegierten einladen können. Selbstverständlich sind wir im Rahmen des Organisationsstabes auch darauf vorbereitet, dass wir Ersatzdelegierte einladen können, und selbstverständlich ist auch sichergestellt, dass Kandidierende zum Landesvorstand an dem Parteitag zumindest zum entsprechenden Tagesordnungspunkt teilnehmen können und jede/r wird rechtzeitig vor Landesparteitag noch Anfang Oktober kontaktiert. Dies gilt auch für Genoss*innen die Anträge vertreten wollen und selbst keine Delegierten sind oder die als Gäste teilnehmen wollen.

Es gilt aber insbesondere für die letztgenannten Gruppen: Ohne Meldung in der Landesgeschäftsstelle geht gar nichts, weil wir die begrenzte Platzanzahl nach Priorität vergeben müssen. Zur Herstellung der Parteiöffentlichkeit, wird der Landesparteitag im Übrigen im Internet live gestreamt werden.

Verpflegung

Auf Catering über die Ausgabe von Tagungsgetränken (Wasser und Selter) in verschlossenen Gebinden und den Ausschank von Kaffee und Tee hinaus wird verzichtet. Die Delegierten werden gebeten sich für die verkürzte Versammlungszeit mit einer privaten Brotdose zu versorgen. Die Bezirksverbände sind gebeten gem. Vereinbarung im Landesfinanzrat für Ihre Delegierten auf Antrag eine Tagespauschale auszuzahlen um zusätzlichen Aufwand zu erstatten, der

Landesvorstand stellt dies für die Delegationen aus den Zusammenschlüssen, dem Jugendverband und für die Teilnehmer*innen mit beratender Stimme sicher.

Bewerbungen zum Landesvorstand

Selbstverständlich ist sich der Landesvorstand bewusst, dass insbesondere spontane Bewerbungen für die Wahlen zum Landesvorstand möglich sind und, dass diese Genoss*innen auch eine angemessene Möglichkeit erhalten müssen sich vorzustellen. Dennoch sind wir der Meinung, dass wir auf diesem besonderen Landesparteitag unter besonderen Bedingungen auch miteinander solidarisch umgehen müssen. Das heißt. Wir bitten alle Kandidierenden bis zum 30. September eine schriftliche Bewerbung einzureichen und unseren Antrag so zu versehen, dass selbstverständlich auch die Generaldebatte am Samstag genutzt werden kann, um sich den Delegierten zu präsentieren und vor diesem Hintergrund auf die mündliche Bewerbung zu verzichten.

Im Rahmen der notwendigen Debatte zum Vorstellungsverfahren, soll dann eine möglichst kurze Zeit zur Vorstellung beschlossen werden. Die üblichen drei oder fünf Minuten sind kein Muss, sondern die Praxis auf Parteitag unter normalen Bedingungen.

Verbunden ist dies mit der herzlichen Bitte, sich jetzt Gedanken über eure Bewerbungen zum neuen Landesvorstand zu machen. Bei den vom Landesvorstand benannten Ansprechpartner*innen, Sabine Boeddinghaus, Olga Fritzsche, Cans Özdemir, Christian Kruse, David Stoop, könnt ihr euch gerne informieren welche Arbeit auf euch zukommen würde; natürlich könnt ihr eure Bewerbung für eine Funktion im Landesvorstand auch direkt per Email an bewerbungen-lavo@die-linke-hamburg.de senden. Alle Bewerbungen (1 Seite DIN A4, maximal 1 Bild als PDF) werden auf unserer Website veröffentlicht. Da allen Delegierten die Bewerbungen als Hardcopy zugestellt werden müssen, bitten wir darum, diese bis zum 30. September einzureichen.

Elektronisches Wahlverfahren

Um zum Einen schneller als bei normalen Parteitag die Wahlen durchführen zu können und zum Anderen das Abstandhalten im Saal sicherstellen zu können, hat der Landesvorstand beschlossen für diese Tagung ein elektronisches Abstimmungs- und Wahlverfahren in Anwendung zu bringen.